Rats-Protokoll

über die

außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der l. f. Stadt Steyr

am 10. März 1919 um 3 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

I. Beratung über die Gemeindewahlreform.
II. Krankenhausangelegenheiten.

Gegenwärtige:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Julius Gschaider.

Vorsitzender-Stellvertreter: Die Herren Vizebürgermeister Paul Fendt und Josef Wokral.

Die Herren Gemeinderäte: Franz Aigner, Heinrich Bachmayr, Prof. W. Brand, Anton Chalupka, Karl Dedic, Prof. Leopold Erb, Karl Fischer, Prof. Gregor Goldbacher, Ferdinand Gründler, Dr. Karl Harant, Ing. Josef Huber, Franz Kattner, Hermann Kletzmayr, Franz Kirchberger, Fritz Krottenau, Rudolf Landa, Ignaz Langoth, Karl Mayr, August Mitter, Ludwig Moser, Franz Müller, Franz Nothhaft, Hugo Olbrich, Viktor Ortler, Markus Ruckerbauer, Franz Schwertfelner, Adalbert Vogl, Karl Wöhrer, Hans Witzany und Bauoberinsp. Alois Zwicker.

Seitens des Stadtamtes: Herr Stadtamtsrat Dr. Fr. Habl.

Als Schriftführer: städt. Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend: Die Herren Gemeinderäte Ludwig Karl und Franz Tribrunner.

Herr Bürgermeister eröffnet mit Begrüßung der erschienenen Herren Gemeinderäte die Sitzung, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 3 Uhr 6 Min. für eröffnet.

Als Beglaubiger dieses Protokolles werden die Herren Gemeinderäte Fritz Krottenau und Rudolf Landa gewählt.

Herr Bürgermeister: „Die heutige außerordentliche Sitzung wurde auf Grund einer durch genügende Unterschriften gestützten und rechtzeitig eingebrachten Eingabe einberufen, welche unter Berufung auf den § 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates das Verlangen nach sofortiger Einberufung einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung zur Beratung der Gemeindewahlreform und Krankenhausangelegenheiten stellt. Diese zwei Punkte bilden auch somit die Gegenstände der heutigen Tagesordnung.

Zu Punkt 1 liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

Dringlichkeitsantrag

der Gemeinderäte J. Wokral und Karl Dedic.

Bekanntlich sollen nach einem Beschlusse des Staatsrates die Gemeinderatswahlen gleichzeitig mit den Wahlen für den Landtag und zwar bis längstens Ende April vorgenommen werden. Um einem dringenden Bedürfnis der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, wie auch dem Beschlusse des Staatsrates nachzukommen, wird beantragt:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Daß der Wahlreformausschuß sofort einberufen und beauftragt werde, einer bis längstens 17. März einzuberufenden außerordentlichen Gemeinderatssitzung eine Wahlordnung zu Beschlußfassung vorzulegen.

2 Zur Grundlage der Wahlordnung diene das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, ohne Unterschied des Geschlechtes, mit Verhältniswahlen mit Beibehaltung der Grundzüge, die für die Wahlen in die Nationalversammlung aufgestellt wurden, auch hinsichtlich der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft. Die Wahl hat gleichzeitig mit den Wahlen zur Landesversammlung stattzufinden.

Die Antragsteller behalten sich vor, dem Wahlreformausschuß einen auf obgenannter Grundlage ausgearbeiteten Entwurf einer Wahlordnung vorzulegen.

Steyr, am 10. März 1919.

Aldalbert Vogl m. p.	Fritz Krottenau m. p.
Karl Dedic m. p.	Markus Ruckerbauer m. p.
J. Wokral m. p.	Anton Chalupka m p.
Franz Müller m. p.	Karl Fischer m. p.
Alois Zwicker m. p.	Franz Tribrunner m. p
Rudolf Landa m. p.	Hans Witzany m. p.

Der Antrag ist mit einer genügenden Anzahl von Unterschriften versehen und erteile ich Herrn G.-R. Dedic als Antragsteller zur Dringlichkeit des Antrages das Wort.

Herr G.-R. Dedic: „Wie schon im Antrage selbst ausgeführt ist, hat seinerzeit und zwar im November 1918 der Staatsrat grundsätzlich den Beschluß gefaßt, daß die Wahlen in den Gemeinderat jetzt und zwar längstens Ende April durchgeführt werden. Dasselbe Verlangen, wie es der Staatsrat gestellt hat, stellt auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Steyr, indem sie begehrt, daß die Gemeinderatswahlen ehestens durchgeführt werden und aus diesem Grunde bitte ich die Herren, auch für die Dringlichkeit zu stimmen. Mich befremdet teilweise, daß der Herr Bürgermeister nicht selbst schon aus eigenem Antriebe eine Sitzung einberufen hat, umsomehr, als die letzten Wahlen in den Nationalrat vom 16. Februar bewiesen haben, daß die heutige provisorische Zusammensetzung des Gemeinderates nicht mehr dem entspricht, was die Nationalratswahlen gezeigt haben. Ich bitte deshalb nochmals, dem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen."

Herr Bürgermeister: „Ich muß zur Richtigstellung der Ausführung des Herrn G.-R. Dedic, der sich wundert, daß ich nicht selbst schon zur Feststellung und Beschlußfassung der Gemeindewahlreform aus eigenem eine Sitzung einberufen habe, bemerken und Herrn G.-R. Dedic erinnern, daß ich wiederholt auf die Einleitung von Vorarbeiten für die Beratungen des Gemeindestatutes, wozu die Gemeindewahlordnung einen integrierenden Teil bildet, hingearbeitet habe und daß Herr G.-R. Dedic es war, welcher selbst sagte, es sei noch Zeit, das Gemeindestatut zu erledigen."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Vor allem muß ich erwähnen, daß Herr G.-R. Dedic selbst im Wahlreformausschuß sitzt und tatsächlich er es war, welcher sagte, es soll das Rahmengesetz abgewartet werden, und heute verlangt Herr G.-R. Dedic, daß die Wahlordnung noch vor dem 17. März beschlossen werden soll. Das steht im schreienden Widerspruch zu dem, was er im Wahlreformausschusse selbst ausgeführt hat. Wir waren diejenigen, die immer verlangt haben, daß die Wahlordnung so bald als möglich zur Beratung kommen soll und Herr Bürgermeister hat fortgesetzt gedrängt, es solle das Gemeindestatut durchgearbeitet werden, zu welchem Zwecke auch ein engerer Ausschuß eingesetzt wurde. Wir warten fortgesetzt auf die Aeußerungen der kompetenten Behörden und erklären unausgesetzt, das Staatsamt soll endlich mit etwas kommen und uns sagen, was bezüglich der Landtagswahl gemacht werden soll. Es steht heute noch gar nicht fest, ob die Landtagswahlen und die Gemeinderatswahlen gleichzeitig durchgeführt werden und liegt auch darüber noch keinerlei Weisung vor. Es liegt auch von Wien aus kein Beschluß, sondern nur eine Entschließung vor, worin empfohlen wird, die Landtagswahlen gleichzeitig mit den Gemeinderatswahlen vorzunehmen. Ich stehe ja selbst auf dem Standpunkt, daß die Gemeinderatswahlen so rasch als möglich durchgeführt werden, denn wie jetzt die politischen Verhältnisse in Steyr liegen, daß wir die Mehrheit des Gemeinderates nicht mehr besitzen, hat es keinen Zweck, daß die provisorische Eigenschaft des jetzigen Gemeinderates noch eine Zeit lang fortbesteht. Ich bin gewiß objektiv, wenn ich mich auf dem Standpunkt stelle, das die Gemeinderatswahlen raschest durchgeführt werden. Dies hätte aber auch mit einem einfachen Beschluß ohne jede weitere Dringlichkeit erreicht werden können und wäre einfach der Beschluß zu fassen: Der Wahlreformausschuß wird beauftragt, innerhalb einer zu vereinbarenden Zeit den Wahlreformentwurf vorzulegen bezw. dem Gemeinderate zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Nur möchte ich auf ein Hindernis aufmerksam machen, das ist die bis jetzt mit dem Gemeinderate der Landeshauptstadt Linz noch nicht hergestellte Uebereinstimmung; es ist nicht gleichgültig, wenn hier Abweichungen stattfinden. Es wäre also vorerst anzustreben, daß eine Uebereinstimmung zwischen dem Gemeinderate der Landeshauptstadt Linz und dem Gemeinderate der Stadt Steyr bezüglich der Gemeindewahlreform erzielt wird. Ich meine, daß somit die Dringlichkeit abzulehnen wäre und daß im Gemeinderate ein Uebereinkommen zustande kommen solle, das einstimmig einen Zeitpunkt bezeichnet, bis zu welchem die Gemeindewahlreform im Entwurfe vorzulegen wäre. Es soll ja in absehbarer Zeit eine ordentliche Gemeinderatssitzung stattfinden, in welcher sodann als erster Punkt der Tagesordnung die Gemeindewahlreform zu stellen wäre; gleichzeitig könnte der Herr Bürgermeister heute beauftragt werden, sich mit dem Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz ins Einvernehmen zu setzen, damit auch die Stadt Linz im gleichen Sinne wie Steyr der Landesversammlung einen Entwurf vorlegt, was auch eine Erleichterung für die Landesversammlung in ihrer Beschlußfassung für die autonomen Städte in Bezug auf ihre Gemeindewahlreform bedeuten würde. Es würde daher gar nichts verschlagen, wenn sich die Herren mit meinem Antrage einverstanden erklären würden, und dürfte es in der betreffenden Sitzung über die Wahlreform kaum eine Debatte geben, da dieselbe auf denselben Prinzipien aufgebaut werden soll, wie sie für die Nationalratswahl Geltung hatte. Bis zur nächsten ordentlichen Gemeinderatssitzung könnte auch der Wahlreformausschuß seine Beschlüsse fertig und die Wahlreform auch mit der Landeshauptstadt Linz in Uebereinstimmung gebracht haben. Vielleicht wäre eine derartige Beschlußfassung möglich. Herr Bürgermeister möge uns sagen, wann die nächste ordentliche Gemeinderatssitzung geplant ist."

Herr Bürgermeister: „Ich denke mir, daß die nächste ordentliche Gemeinderatssitzung über 8 Tage oder heute in 14 Tagen stattfinden solle."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Ich glaube, heute in vierzehn Tagen."

Herr Bürgermeister: „Ich fasse den Antrag des Herrn G.-R. Prof. Erb so zusammen, daß die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen und der Wahlreformausschuß zur Beratung des Wahlreformentwurfes und späterer Vorlage an den Gemeinderat zu beauftragen wäre."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Es soll dies eigentlich ein Vermittlungsvorschlag sein, über den wir uns alle einigen sollten. Wenn die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt würde, müßte der Antrag überhaupt von der Tagesordnung abgesetzt werden. Wir kommen hier in eine Geschäftsordnungsdebatte hinein, die gar nicht notwendig ist, wenn die Herren darauf eingehen wollen, daß nicht der Antrag als solcher, sondern nur die Dringlichkeitsbehandlung zurückgezogen wird und derselbe als gewöhnlicher in der nächsten ordentlichen Sitzung zu behandelnder Antrag angesehen wird."

Herr Bürgermeister: „Es handelt sich aber nur um die Zuerkennung der Dringlichkeit des geschäftsordnungsmäßig eingebrachten Antrages; erst dann kann über den Inhalt des Antrages selbst gesprochen werden."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Ich will aber nicht, daß der Antrag fällt und bin dafür, daß die Gemeindewahlreform erledigt wird. Ich bin gegen die dringliche Behandlung des Antrages, werde aber dafür stimmen, daß der Inhalt des Antrages so rasch als möglich erledigt wird."

Herr G.-R. Dedic: „Herr Bürgermeister und Herr G.-R. Prof. Erb haben mir den Vorwurf gemacht, daß ich im Wahlreformausschusse und auch in der I. Sektion bei der Frage des Gemeindestatutes gesagt habe, wir sollen ein Rahmengesetz abwarten; ich gebe dies zu, habe aber auch ausdrücklich verlangt, daß zuerst zur Ausarbeitung einer Wahlreform zu schreiten ist, dem auch Herr G.-R. Prof. Erb zugestimmt hat; es verhält sich also die Sache anders. Dies diene zur Kenntnis. Allerdings bin ich dafür, daß für das Gemeindestatut ein Rahmengesetz abgewartet werden solle."

Herr G.-R. Dr. Harant: „Nachdem Herr G.-R. Prof. Erb ausdrücklich das Ersuchen gestellt hat, man möge der Dringlichkeit des Antrages nicht zustimmen, so will ich dagegen keineswegs opponieren, weil ich selbst die Sache nicht für so dringlich ansehe; wenngleich zugegeben werden muß, daß es gewiß angezeigt ist, daß mit Rücksicht auf den Ausfall der Nationalratswahlen auch die Gemeinderatswahlen bald durchgeführt werden, so ist die Angelegenheit doch nicht so pressant anzusehen. Nachdem aber wie gesagt, dieses Ersuchen gestellt wurde und ich nicht weiter opponiere, will ich nur zur Aeußerung des Herrn G.-R. Dedic bemerken, daß es auch mir als Mitglied der Rechtssektion sehr wohl bekannt ist, daß in wiederholten Sitzungen davon gesprochen wurde, wie man sich zur Reform des Gemeindestatutes stellen solle. Herr Bürgermeister hat eine Sitzung des Wahlreformausschusses einberufen, in welcher besonders Herr G.-R. Dedic darauf hinwies, daß zuerst ein Rahmengesetz abgewartet werden möge und daß die Gemeindewahlordnung ja einen Bestandteil des Gemeindestatutes zu bilden hat. Dieser Standpunkt ist auch in der Rechtssektion betont und widerspruchslos zur Kenntnis genommen worden. Mir selbst hat dies plausibel und praktisch erschienen und hat auch meine Zustimmung gefunden."

Herr Bürgermeister: „Ich mache aufmerksam, daß unsere Zeit heute sehr eingeschränkt ist, da für halb 4 Uhr bereits die Armenratssitzung anberaumt ist."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Ich bin der Auffassung, daß man über die Dringlichkeit des Antrages nicht soviel zu reden braucht; tatsächlich ist es notwendig, daß man sich mit der Gemeindewahlreform beschäftigt, ebenso wie mit der Aenderung des Gemeindestatutes. Nun ist aber die Wahlordnung ein Bestandteil des Gemeindestatutes; das Gemeindestatut könnte aber noch nicht geändert werden, weil eine Aenderung erst dann vorgenommen werden kann, wenn ein diesbezüglicher Beschluß der Nationalversammlung vorliegt; würde ein solcher vorliegen, wäre es ohneweiters möglich, das Gemeindestatut gleich ändern zu können. Die Gemeindewahlordnung kann aber vor der Aenderung des Gemeindestatutes längst gemacht werden und entspricht dieses Verlangen auch dem, daß wir uns bei der Zusammensetzung des provisorischen Gemeinderates von dem Gedanken leiten ließen, daß der provisorische Zustand höchstens durch 3 bis 4 Monate dauern sollte und dann die Gemeinderatswahlen durchgeführt werden und eine andere Zusammensetzung Platz greifen solle. Nach der bisherigen Tätigkeit des Wahlreformausschusses im Landtage und den bisherigen Nachrichten sollten die Landtagswahlen im April oder Mai und die Gemeinderatswahlen im Herbst oder Winter stattfinden. Die so lang gedachte Dauer des Gemeinderatsprovisoriums entspricht aber keineswegs der öffentlichen Stimmung und glaube ich, daß es durchaus nicht unbedingt notwendig ist, mit Linz in der Gemeindewahlordnung übereinzustimmen. Man hatte auch von Linz manchmal keine Rücksichten zu erwarten und können wir unsere Gemeindewahlreform auf Grund unserer eigenen Autonomie machen. Ich bitte Sie daher, für die Dringlichkeit des Antrages zu stimmen."

Herr Bürgermeister: „Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen."

Die Dringlichkeit des Antrages wird vom Gemeinderate mit Mehrheit angenommen.

„Somit ist der Antrag sofort zu behandeln und erteile ich Herrn G.-R. Dedic zum Antrage selbst das Wort."

Herr G.-R. Dedic: „Meine Herren! Wenn ich das Verlangen gestellt habe, daß bis 17. März eine außerordentliche Gemeinderatssitzung zur Beschlußfassung über die Gemeindewahlreform einberufen werde, so ist dies aus denselben Gründen geschehen, welche ich der dringlichen Behandlung des Antrages vorausgestellt habe. Wir stellen uns die Sache so vor, daß der Wahlreformausschuß sich im Laufe dieser Woche zusammensetzt und die Wahlreform berät. Es wird ja eigentlich nicht viel zu beraten geben, weil die ganze Wahlordnung dem Muster für die Nationalratswahlen entnommen ist. Ich bitte daher, aus diesem Grunde für den Antrag zu stimmen."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Warum ich gegen die Dringlichkeit gestimmt habe, habe ich bereits Ausdruck gegeben. Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß der Wahlreformausschuß bis 17. März mit seinen Beratungen fertig wird. Sie dürfen nicht vergessen, daß Donnerstag, Freitag und Samstag dieser Woche gleich vier Mitglieder des Wahlreformausschusses abwesend sind, da in Linz die Landesversammlung tagt. Ich möchte daher auch den Herrn Vizebürgermeister Wokral, der ja selbst in Linz anwesend zu sein hat, bitten, seinen Antrag zurückzustellen und hat er es auch sicher bei Einbringung des Antrages selbst noch nicht gewußt, daß an den genannten Tagen die Tagungen in Linz stattfinden. Der von Herrn G.-R. Prof. Brand angeregte Termin von 14 Tagen wäre angezeigt, als inzwischen die Mit-

glieder des Wahlreformausschusses auch persönlich unsere Anschauungen in Linz vertreten können. Ich muß daher auf den Punkt zu sprechen kommen, daß es ausgeschlossen erscheint, daß die Wahlen in die Landesversammlung mit den Gemeinderatswahlen zusammengelegt werden. Ich halte einen solchen Plan für total verfehlt, weil er zu den verschiedensten Wirrnissen in der Wählerschaft führen würde. So etwas läßt sich nicht überhudeln. Ich hätte es wohl verstehen können, wenn die Nationalrats- und Landtagswahlen zusammengelegt worden wären, weil dies rein politische Wahlen sind. Die Landtagswahlen sind nicht mehr so rein politischer Natur und der Gesichtspunkt für Gemeinderatswahlen ist wieder ein ganz anderer. Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen eine Zusammenlegung der Landtags- und Gemeinderatswahlen aussprechen. Es kommt aber auch noch die Frage in Erwägung, soll das ganze Gebiet der Stadt Steyr den Gemeinderat gemeinsam wählen, oder soll bezirksweise gewählt werden, diesseits und jenseits der Enns bezw. Steyr. Auch darüber muß man sich klar werden und darüber eingehend im Wahlreformausschusse sprechen. Es wäre daher viel besser, wenn man übereinstimmend folgenden Beschluß fassen würde: Der Wahlreformausschuß wird beauftragt, in der nächsten Gemeinderatssitzung als ersten Punkt der Tagesordnung über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Kann der Wahlreformausschuß bis dahin fertig werden, umso besser, wird er nicht fertig, so hilft es nichts, wenn Sie heute beschließen, der Wahlreformausschuß muß bis zum 17. März fertig sein. Es muß im Wahlreformausschusse auch klar gelegt werden, ob derselbe die Wahlreform allein oder nur in Verbindung mit dem Gemeindestatut beraten soll, da die Wahlordnung einen integrierenden Bestandteil des Gemeindestatutes bildet und manche Punkte des Gemeindestatutes auch auf die Wahlordnung des Gemeinderates hinzielen. Ich bitte Sie nochmals, meinen Abänderungsantrag, der eigentlich das bringt, was bei Einbringung des Antrages übersehen wurde, anzunehmen, der lautet: Der Wahlreformausschuß wird beauftragt, bis zur nächsten ordentlichen Gemeinderatssitzung seine Arbeiten zu beenden und dem Gemeinderate vorzulegen."

Herr Bürgermeister: „Nach dem Stande der Verhandlungen im Landtags-Wahlreformausschusse dürften die Landtagswahlen am 11. oder 18. Mai stattfinden; etwas genau Bestimmtes ist jedoch noch nicht festgelegt."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Es ist ganz gut möglich, daß der Wahlreformausschuß für Mittwoch einberufen wird und ist es auch von wesentlicher Wichtigkeit, baldigst die Wahlreformvorlage zu bewerkstelligen, weil der Gemeinderat in seiner autonomen Eigenschaft auch selbst sein Statut bestimmen kann. Wenn wir auf den Beschluß des Nationalrates warten würden, hätte inzwischen der Landtag seine Tätigkeit beendet und könnte dann wirklich der Herbst kommen, bis die Wahlreform und damit die Gemeinderatswahlen erledigt werden könnten. Es dürfte übrigens die Beratung der Wahlreform und des Gemeindestatutes keine Debatten verursachen, da wichtige prinzipielle Grundsätze nicht überbrückt werden müssen. Bei einigen guten Willen wird die Fertigstellung der Wahlreform bis zur nächsten Sitzung ganz gut möglich sein. Ich bitte daher, den Antrag mit dem Termine für nächste Woche anzunehmen."

Herr Bürgermeister: „Dem Wahlreformausschusse des Landtages ist bei seinen Beratungen auch ein Entwurf vorgelegen und trotzdem nahmen dieselben fünf Sitzungen in Anspruch; ich zweifle daher ebenfalls, daß es möglich sein würde, die Beratungen im Wahlreformausschusse bis zum gestellten Termine zu beenden. Es würde daher gar keinen Zweck haben, bis 17. März eine außerordentliche Gemeinderatssitzung zu beschließen, wenn der Wahlreformausschuß mit seinen Beratungen voraussichtlich nicht fertig sein kann."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Die nächste Landesversammlung findet am Freitag den 14. März statt und wenn der Wahlreformausschuß auch am Mittwoch mit seinen Beratungen fertig sein würde, so hat dies doch keinen Zweck, weil der Gemeinderat vor Freitag nicht mehr zusammentreten kann. Wann aber die nächste Landesversammlung nach dem 14. März stattfinden wird, wissen wir nicht. Selbst dann, wenn vor dem Freitag ein fertiger Beschluß des Gemeinderates vorliegen würde, würde die Landesversammlung darüber keine Verhandlungen führen, wenn nicht auch das Gemeindestatut und die Gemeindewahlordnung der Landeshauptstadt vorliegen würde. Praktisch hat also der Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Wokral gar keinen Zweck. Die Sache würde nur hier überhudelt. Ich habe gewiß nichts dagegen, wenn der Wahlreformausschuß für Mittwoch einberufen wird; es soll ihm aber genügend Zeit gelassen werden und dies wäre der Fall, wenn die Frist bis zur nächsten ordentlichen Gemeinderatssitzung erstreckt würde. Wir müssen doch auch in Linz anfragen, wie man sich dort zur Sache stellt. (Zwischenruf des Herrn G.-R. Dedic: „Wir sind doch selbständig!") Wir werden aber deshalb um keine Stunde früher fertig, weil die Erledigung doch von der Landesversammlung abhängt, die erst in 3 bis 4 Wochen bei Wiederzusammentritt der Landesversammlung möglich ist. Ich kann daher meinen Vorschlag nur neuerlich im Interesse der Sache selbst wiederholen und ersuche diesem zuzustimmen."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte den Ausführungen des Herrn G.-R. Prof. Erb beistimmen und verweise darauf, daß gegenwärtig Mitglieder des Wahlreformausschusses ihr Geschworenenamt ausüben und auch Herr G.-R. Dr. Harant in den Tagungen des Schwurgerichtes beschäftigt ist, so daß auch aus diesem Grunde technisch die Vollendung der Arbeiten im Wahlreformausschusse nicht möglich sein kann. Ich schließe mich dem Antrage des Herrn G.-R. Prof. Erb an und beantrage Schluß der Debatte."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Ich wiederhole meinen Antrag: Der Wahlreformausschuß wird beauftragt, bis zu der längstens am 24. d. M. stattzufindenden Sitzung des Gemeinderates seine Anträge zu unterbreiten."

Herr Bürgermeister: „Ich nehme diesen Antrag als Gegenantrag entgegen."

Herr G.-R. Dedic: „Im Prinzipe könnte man ja mit dem Gegenantrag des Herrn G.-R. Prof. Erb einverstanden sein. Dieser betrifft jedoch nur Punkt 1 des Antrages und bitte ich, denselben zuerst zu behandeln."

Herr Bürgermeister: „Der Punkt 1 ist die Grundlage des Antrages."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Aus dem Punkte 2 soll das Wort „Nationalversammlung" gestrichen werden."

Herr G.-R. Dedic: „Das sehe ich nicht ein, weil die Grundsätze für die Wahlen in den Gemeinderat die gleichen sein sollen, wie für die Nationalratswahlen, bis vielleicht auf die Einteilung der Wahlkreise."

Herr Bürgermeister: „O nein, auch in der Wahlberechtigung besteht ein wesentlicher Unterschied."

Herr G.-R. Dedic: „Ich halte die Fassung dieser Punkte entschieden aufrecht."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Schon dadurch, daß Herr G.-R. Dedic diese beiden Anträge aufrecht erhält, muß ich einen Abänderungsantrag stellen, erstens, daß der Punkt betreffend das Verlangen, daß die Wahl gleichzeitig mit den Wahlen in die Landesversammlung stattzufinden hat, eine getrennte Abstimmung erfolgen soll, da ich ein prinzipieller Gegner dieser gleichzeitigen Wahlen aus dem Grunde bin, weil diese zwei Wahlen von ihren Gesichtspunkten aus politisch und wirtschaftlich wesentlich sehr verschieden sind und zweitens soll aus dem zweiten Punkt des Antrages aus den schon mehrmals erörterten Grundsätzen das Wort „Nationalversammlung" gestrichen werden. In diesem Sinne wären dem Wahlreformausschusse die Richtlinien für seine Beratungen zu geben."

Herr Bürgermeister: „Ich würde es vorziehen, dem Wahlreformausschusse gar keine Richtlinien zu geben, sondern einfach zu sagen, bis 24. März ist die Wahlreformvorlage zu unterbreiten. Wir haben heute noch einen Punkt der Tagesordnung zu erledigen und ist hohe Zeit, mit dem ersten Punkt der Tagesordnung abzuschließen."

Herr G.-R. Dedic: „Sollte der Punkt wegen gleichzeitiger Wahlen in den Landtag und Gemeinderat abgelehnt werden, so bin ich schon dafür, über den Antrag so abstimmen zu lassen, wie er vorgebracht wurde."

Herr Bürgermeister: „Es ist noch gar nicht sicher, ob der Landtag die gleichzeitigen Wahlen vorschreiben wird und kann daher darüber nicht beschlossen werden."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich stelle den Antrag, über den Gegenantrag des Herrn G.-R. Prof. Erb abstimmen zu lassen; ich habe schon vorhin den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt."

Herr Bürgermeister: „Da der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wurde, ist über denselben sofort abzustimmen."

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit Mehrheit angenommen.

Herr G.-R. Witzany: „Bezüglich der Zusammenziehung der Landtags- mit den Gemeinderatswahlen bin ich in Fühlung getreten und habe in Erfahrung gebracht, daß in Wien die Wahlen an einem Tage stattfinden werden und auch dort die Wahlordnung gleich jener in den Nationalrat gehalten wird, ohne daß die verschiedenen Klausulierungen daraus herausgefunden wurden, wie sie Herr G.-R. Prof. Erb angeführt hat und die nicht so arg zu nehmen sind. Der Gemeinderat solle sich nicht auf den Standpunkt stellen und nicht von Dingen leiten lassen, die nicht fortschrittlich sind; es ist viel gescheiter, wenn die Sache glatt erledigt wird und man nicht herumklausuliert, sondern es ist im Interesse der großen Masse gelegen, wenn hier zusammengearbeitet wird. Es tauchen alle möglichen Gerüchte auf, die vermieden werden sollen; es ist nicht notwendig, daß die Leute umsonst aufgeregt werden. Ich sehe gar nicht ein, daß der Entwurf nicht in einer Sitzung erledigt werden könnte. Mit dem Einvernehmen mit Linz wird die Sache wieder verschleppt; zu mindestens muß der Wahlreformausschuß verpflichtet werden, bis 24. März den Entwurf fertig vorzulegen."

Herr Bürgermeister: „Herr G.-R. Witzany hat von Gerüchten gesprochen; ich muß darauf hinweisen, daß die Nachricht, daß die Wahlen in den Gemeinderat für den Herbst geplant sind, aus dem Ergebnisse einer Parteibesprechung in Linz stammt und habe ich selbst diese Mitteilung gemacht. Ich schreite nunmehr über den Gegenantrag des Herrn G.-R. Prof. Erb zur Abstimmung, welcher lautet: Der Wahlreformausschuß wird beauftragt, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung, d. i. bis 24. März, einen Entwurf für die Gemeindewahlreform dem Gemeinderate zur Vorlage zu bringen. Der Punkt 2 des Antrages fällt somit aus."

Der Antrag des Herrn G.-R. Prof. Erb wird vom Gemeinderate mit Mehrheit angenommen.

Herr Bürgermeister: „Durch den Erfolg dieser Abstimmung entfällt somit die Abstimmung über den eigentlichen Antrag."

2. Krankenhausangelegenheiten.

Herr Bürgermeister: „Ich erteile Herrn G.-R. Kirchberger zur Berichterstattung das Wort:

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich werde mir erlauben, einen in der letzten Krankenhauskommissionssitzung vom 28. Februar 1919 vorgetragenen Bericht zur Kenntnis zu bringen, welcher folgendermaßen lautet:

Bericht
für die Krankenhauskommission.

Die mährisch-galizische Telephon- und Elektrizitätsgesellschaft fordert einen Betrag von 2996 *K* 33 *h* für die Instandsetzungsarbeiten an den von ihr eingerichteten Leitungen im neuen Krankenhause. Die Auszahlung dieses Betrages wurde bisher verweigert, weil zuerst festzustellen war, wer an der Havarie des Röntgenapparates schuldtragend sei.

Die Untersuchungen haben nun ergeben, daß die Steigleitung vom Transformator zum Röntgenapparat einwandfrei verlegt wurde, daß jedoch gelegentlich der Vergrößerung des Röntgenzimmers der dort neu aufgestellte Röntgenapparat nicht an die Röntgensteigleitung, sondern an eine bestehende Lichtleitung angeschlossen wurde.

Die am Röntgenapparat wiederholt aufgetretenen Störungen waren daher nicht auf Konto der mährisch-galizischen Elektrizitätsgesellschaft zu stellen und sind die Kosten, die seitens dieser Firma verrechnet wurden, teilweise gerechtfertigt. Da aber bei dieser Ueberprüfung gleichzeitig auch alle anderen von dieser Firma herrührenden Leitungsanlagen einer gründlichen Revision bezw. Verbesserung unterzogen wurden, kann die ganze Kostenverrechnung nicht anerkannt werden, wobei sich herausgestellt hatte, daß einige dieser Leitungen nicht einwandfrei ausgeführt worden sind. Es wäre demnach zu unterscheiden, wie hoch sich die einzelnen Arbeiten belaufen, doch ist es unter den gegebenen Verhältnissen nicht leicht möglich, hier eine richtige Ziffer herauszubekommen.

Die mährisch-galizische Elektrizitätsgesellschaft hat nun auch Zinsen beansprucht, da ihr die gesamte Rechnung nicht vollständig ausbezahlt wurde. Die Zinsen machen den Betrag von 661 *K* 50 *h* aus. Es wäre daher zu trachten, einen Ausgleich zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der mährisch-galizischen Elektrizitäts-Gesellschaft zustande zu bringen und habe ich diesbezüglich bereits mit dem hiesigen Vertreter Herrn Fabrikanten Stein gesprochen und aus der Unterredung den Eindruck gewonnen, daß selber hiezu nicht abgeneigt wäre.

Nachdem die Pfeifferwerke seinerzeit eine dreijährige Haftpflicht für die von ihnen gelieferten Apparate eingegangen sind, wäre zu erwägen, ob sich nicht die Gemeinde für die im Laufe der Zeit aufgetretenen Betriebsstörungen schadlos halten könnte, obwohl es auch diesbezüglich schwer fallen dürfte, einen für die Stadtgemeinde günstigen Schiedsspruch zu erreichen, da eben seinerzeit übersehen wurde, den Röntgenapparat an die richtige Steigleitung anzuschließen. Die Pfeifferwerke führen demnach alle im Apparate aufgetretenen Störungen auf diese Ursache zurück und erklären sich nicht als ersatzpflichtig. Die letzte Reparatur allein kostete 4680 *K*.

Die fortwährend auftretenden Kesselhavarien bedingen eine gründliche Umänderung der ganzen Anlage, da mit Rücksicht auf die Wasserbeschaffung die Kesselsteinbildung so groß ist, daß nach kaum halbjähriger Verwendung eines Kessels derselbe vollkommen unbrauchbar wird und neu ersetzt werden muß Die seinerzeit verlangte Wasserreinigung ist bis heute noch nicht durchgeführt und ist hoch an der Zeit, diese Frage ins Reine zu bringen. Die Aufstellung eines Wasserreinigers ist um so dringender, als auch die weitere Gefahr besteht, daß nach Ablauf von ganz kurzer Zeit die Rohrleitungen im Hause, welche im Mauerwerk liegen, derart verlegt sein werden, daß kein Wasser mehr durchdringt und sodann alle herausgerissen werden müssen. Die Warmwasserkessel für die Zentralheizung sind leider auch schon in einem solchen Zustande, daß wahrscheinlich bald eine Auswechslung notwendig sein wird. Bei der Warmwasseranlage wäre bei 2 Kesseln je ein Element auszuwechseln und müssen bei dieser Gelegenheit ganz auseinandergerissen werden, was aber sehr große Auslagen erfordert

Zur Vereinigung der Maschinen- und Kesselangelegenheit wäre dringend geboten, einen wirklich tüchtigen Heizfachverständigen ehestens nach Steyr zu berufen, der ein diesbezügliches Projekt auszuarbeiten hätte.

Um aber nicht wieder ein Flickwerk zu schaffen, soll bei dieser Gelegenheit gleich die ganze Kessel- und Heizanlage einer gründlichen Umänderung unterzogen werden und ist es auch schon im Interesse der Kranken dringend geboten, daß die ganze Anlage außerhalb des Hauses verlegt wird, was nur durch Erbauung eines eigenen Kesselhauses zu erreichen ist.

Bei Anlage des Kesselhauses ist selbstverständlich auch auf die Unterbringung größerer Mengen von Brennmaterialien Rücksicht zu nehmen und diese derart anzuordnen, daß die Zubringung zum Kessel selbst leicht und ohne weitere Kosten bewerkstelligt werden kann. Es sind daher Einfallschachte zu bauen, wo die Kohle vom Wagen direkt in die Kohlenspeicher hineingeworfen werden kann.

Im Kesselhause ist auch für eine Werkstätte und ein Materialdepot vorzusorgen. Auch wären kleinere Hilfsmaschinen, Werkzeuge, kleine Drehbänke, kleine Schmieden mit Gebläse, Schleifstein, Kreissägen, damit die Reparaturen für das Haus selbst besorgt werden können, beizustellen.

Bei dieser Gelegenheit muß aber auch auf die weitere Ausgestaltung des Krankenhauses gleich Rücksicht genommen werden, damit diese Anlagen für die zukünftigen Erweiterungsbauten ausreichen. Es ist daher auch die Platzfrage von großer Bedeutung und wird das Kesselhaus derart aufgestellt werden müssen, daß von dort aus auch die zukünftigen Neubauten mit Dampf und Warmwasser leicht versorgt werden können.

Die unzulänglichen Wirtschaftsräume im neuen Krankenhause erschweren nicht nur den Betrieb, sondern ermöglichen es auch nicht, Vorräte einzulagern, die bei einer rationellen Wirtschaft unbedingt notwendig sind. Es ist daher bei dieser Gelegenheit die Erbauung eines eigenen Wirtschaftsgebäudes ins Auge zu fassen, wobei auch bei dieser Frage der Aufstellungsort für den gesamten Betrieb eine bedeutende Rolle spielt.

Das Wirtschaftsgebäude soll auch gleichzeitig Räume für die Unterbringung des weiblichen Küchenpersonales haben, da im Hause für diese Unterbringung seinerzeit nicht vorgesorgt wurde. Gegenwärtig sind diese Dienstmädchen in einem Reservekrankenzimmer im 3. Stock untergebracht, was selbstverständlich einen Ausfall von Krankenbetten nach sich zieht. Des weiteren erwähne ich, daß für den Maschinisten und Heizer keine eigentliche Wohnung vorhanden ist. Diese Frage müßte auch beim Baue des Kesselhauses der Lösung zugeführt werden.

Die Anlage von Stallungen für Schweine und Geflügelzucht ist äußerst notwendig.

Wenn schon derartige Bauten äußerst dringend sind, so ist auch bei dieser Gelegenheit auf eine Vermehrung der Bettenanzahl im neuen Krankenhause Rücksicht zu nehmen. Dies könnte durch Verlegung der Hauskapelle und überhaupt durch Zubauten an das Wirtschaftsgebäude geschehen. Es muß daher die Anordnung bezw. die Größe der erforderlichen Neubauten wohl durchdacht und ausgearbeitet werden, damit mit möglichst geringen Kosten das Bestmöglichste erreicht werden kann.

Nach den gemachten Erfahrungen würde es sich empfehlen, die gesamte Wäschereianlage außerhalb des Hauses zu bringen, weil auch diese Anlage sehr geräuschvoll arbeitet und daher für die Kranken schädlich ist. Eine möglichst zentrale Lage der Küche und Wirtschaftsanlage wäre im Interesse der Betriebskosten zu wünschen.

Das am Dachboden vorhandene Warmwasserreservoir reicht für einen 24stündigen Bedarf nicht aus und ist daher zu vergrößern.

Die seinerzeit schon beschlossene Einfriedung des gesamten Krankenhausgrundes wäre ehestens durchzuführen. Des weiteren soll mit der noch immer andauernden Schottergewinnung beim Krankenhause endlich einmal aufgehört werden, da es dadurch nicht möglich ist, eine Gartenanlage zu schaffen.

Die Kohlen- bezw. Aschenabfuhr muß ebenfalls von der gegenwärtigen Stelle entfernt werden, da es geradezu ein Skandal ist, daß vor der Auffahrtsrampe diese schmutzhinterlassenden Materialien dort abgelagert werden.

Die Beförderung der Asche ist eine derart langwierige und kostspielige, daß unbedingt auf Abschaffung dieser Uebelstände bestanden werden muß. Es kommt vor, daß diese Haufen oft wochenlang dort frei herumliegen; der Wind selbstverständlich den ganzen Staub durch die Fenster in die Krankenzimmer trägt; bei Regenwetter aber bringen die über diesen Platz kommenden Kranken bezw. Krankenbesucher den ganzen Schmutz in das Haus herein.

Das Hochreservoir für Kaltwasser oberhalb des Krankenhauses ist für den Bedarf auch zu klein und wäre zu vergrößern.

Nachdem die Uhrenanlage bis heute noch nicht funktiniert, wäre ein Umformer zu beschaffen und könnte dann die ganze Anlage an die Lichtleitung angeschlossen werden.

Die mit dem Klingeltransformator gemachten Erfahrungen sind gute und ist zu erwarten, daß auch bei der Uhrenanlage das gleiche eintreten wird.

Nach erfolgter Einzäunung des Krankenhausgrundes wären im Wäldchen Promenadewege und Ruheplätze für die Kranken anzulegen, nachdem im ebenen unteren Teile des Gartengrundes infolge des schlechten Grundes auf lange Zeit kein schattiger Platz zu erzielen ist.

„Das Protokoll lautet:"

Herr Bürgermeister: „Ich bitte, nur die Beschlüsse und den Antrag der Krankenhauskommission vorzutragen, da die Zeit sehr kurz wegen der Armenratssitzung bemessen ist."

Herr G.-R. Kirchberger: „Die Beschlüsse der Krankenhauskommission lauten:

Beschlüsse
der Krankenhauskommission über die notwendigen Ausgestaltungen und baulichen Durchführungen.

1. Das Maschinenhaus muß ehestens aus dem Hause verlegt werden;

2. Kann nur durch Erbauung eines eigenen Maschinenhauses eine Abhilfe erblickt werden, worin auch die im Berichte angeführten Ubikationen einzuführen sind;

3. Ist an die Erbauung eines Wirtschaftsgebäudes zu schreiten;

4. Für alle diese Durchführungen ist ein Plan auszuarbeiten, wobei die Vergrößerung der Anstalt (Infektionspavillon, Tuberkulosentrakt usw.) Bedacht genommen wird;

5. Herr Primarius Dr. Oser wird ersucht, ein schriftliches Gutachten über die künftigen baulichen Anordnungen abzugeben

6. Architekt Schimitzek ist von der weiteren Durchführung künftiger Bauten auszuschließen, und

7. Herr Baurat Nejdl ist künftighin ebenfalls auszuschalten, da sich derselbe um nichts mehr umschaut und seine bisherige Tätigkeit zu keinem praktischen Erfolg geführt hat.

(Bei der Stelle „Ausschaltung des Architekten Schimitzek" erfolgen zahlreiche Zwischenrufe: „Sehr richtig"!)

Herr G.-R. Prof. Erb: „Was wir eben gehört haben, ist so umfangreich, daß es ganz unmöglich erscheint, dies in der uns noch zur Verfügung stehenden halben Stunde zu erledigen. Es wäre meiner Ansicht nach angezeigt, wenn die Krankenhauskommission die baulichen Beschreibungen des Berichtes und der Verhandlungen hierüber direkt der Bausektion überweisen würde, damit diese in der nächsten Sitzung sofort Bericht erstattet. Zwei Herren schütteln den Kopf, wie wir überhaupt in eine solche Antragstellung eingehen können; wir können doch hier nicht beschließen, wie gebaut werden soll, ohne daß uns die Bausektion einen Kostenvoranschlag darüber vorlegt. Es kann auch nicht anders vorgegangen werden, als die Angelegenheit sofort der Bausektion zuzuweisen und habe gewiß nichts dagegen, wenn über den Bericht eine Debatte abgeführt wird und die Mängel eingehend zur Sprache kommen. Da aber der Antrag im Dringlichkeitswege nicht eingebracht wurde, ist er, auch wenn eine Aussprache über denselben erfolgt, geschäftsordnungsmäßig zuerst vor einer Beschlußfassung einer Sektion zuzuweisen. Infolgedessen stelle ich den Antrag, den ganzen Bericht der Bausektion zur Berichterstattung in der nächsten ordentlichen Sitzung zu übermitteln. Die Krankenhauskommission ist keine Sektion, sondern nur ein Beratungskörper ohne Beschlußrecht und kann in baulichen Sachen nicht selbständig verfügen."

Herr G.-R. Bauoberinspektor Zwicker: „Vorerst soll man aber doch den Referenten reden lassen, das ist rohe Gewalt!"

Herr G.-R. Prof. Erb: „Ereifern Sie sich nicht."

Herr G.-R. Bauoberinsp. Zwicker: „Sie haben dem Referenten das Wort abgeschnitten."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Der Herr Referent hat doch seinen Bericht verlesen und die Anträge fertig gestellt."

Herr Bürgermeister: „Ich stelle fest, daß ich ebenfalls der Meinung war, daß der Herr Referent ausgesprochen hatte."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich bin mit meinem Bericht noch nicht fertig, und . . ."

Herr G.-R. Bauoberinsp. Zwicker: „Hören Sie, er ist noch nicht fertig!"

Herr Bürgermeister: „Herr G.-R. Zwicker hat nicht das Wort."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich wollte über die ganze Sitzung der Krankenhauskommission berichten und will anschließend bemerken, daß es nicht angeht, daß die Angelegenheit verzögert wird. Heute handelt es sich darum, aus den Beschlüssen der Krankenhauskommission das herauszuziehen, was sofort vom Gemeinderate beschlossen und dann zur Durchführung gebracht werden muß. Die baulichen Durchführungen sind äußerst dringlich, als wir sonst in der nächsten Winterkampagne nicht mehr im Stande sind, das Krankenhaus mit Warmwasser und Heizung versehen zu können, wodurch der Betrieb zum Stillstand gebracht wäre. Die baulichen Sachen müssen selbstverständlich der Bausektion und zwar sogleich überwiesen und von dieser durchberaten werden."

Herr Bürgermeister: „Es ist dagegen remonstriert worden, daß der Herr Referent noch nicht zu Ende hat sprechen können; ich stelle fest, daß der Herr Referent nunmehr mit seinem Berichte fertig ist. Herr G.-R. Zwicker hat das Wort."

Herr G.-R. Bauoberinsp. Zwicker: „Ich möchte dem Herrn G.-R. Kirchberger folgendes sagen: Die Ausführungen sind sehr interessant, umsomehr interessant, als diese erst heute besprochen werden, obwohl Herr G.-R. Kirchberger oftmals früher Gelegenheit gehabt hätte, alles das zu sagen. Es ist interessant, mit welchen Firmen, z. B. die mährisch-galizische Elektrizitätsgesellschaft, gearbeitet wurde, die obendrein nicht einmal billig sind. Das gleiche ist mit den Pfeiffer-Werken, die in den Röntgenanlagen gearbeitet hat und da die Garantiefristen abgelaufen sind, kann man nicht einmal was anderes tun, als einen Ausgleich abzuschließen trachten. Bei dieser Gelegenheit wird es notwendig sein, daß die Untersuchungen über die verfehlten Anlagen durch einen tatsächlich fähigen und praktisch erfahrenen Mann vorgenommen werden. Ich habe mir erlaubt, mich selbst über die Zustände im Krankenhause zu überzeugen und will darüber das wichtigste zur Sprache bringen. Dieselben Herren, die seinerzeit über den Bau beschlossen haben, können sich auch persönlich davon überzeugen, welche Kosten sich durch die Instandsetzung der verfehlten Anlagen ergeben werden und mache ich heute schon aufmerksam, wenn die Angelegenheit des Kesselhauses nicht noch vor dem Herbste gründlich durch den Neubau eines Maschinenhauses gelöst wird und derselbe desolate Zustand bleibt, das Krankenhaus im Herbste einfach einer Katastrophe entgegengeht. Es ist ausgeschlossen, das Krankenhaus zu heizen und Warmwasser zu erzeugen, solange die heutige Kesselanlage besteht.

In das Detail dieser Anlage einzugehen, halte ich nicht für notwendig, möchte aber die Herren einladen, einmal durch das Krankenhaus einen Rundgang zu machen und sich selbst von der Richtigkeit meiner Worte und wie gearbeitet wurde, zu überzeugen."

Herr Bürgermeister: „Es wird in den noch zur Verfügung stehenden 13 Minuten ganz unmöglich sein, ins einzelne eingehen zu können; außerdem ist ein Vertagungsantrag gestellt, der geschäftsordnungsmäßig eine weitere Debatte ausschließt."

Herr G.-R. Zwicker: „Herr G.-R. Kirchberger hat auch in seinem Berichte darauf hingewiesen, daß die Kohlenablagerung oftmals bei der Auffahrtsrampe geschieht, ja sogar Asche und Schlacke wird dort verladen. Der Staub steigt in die Krankenzimmer und verschmutzt alles. Daß dies für die Patienten äußerst unangenehm ist, ist selbstverständlich. Von den elektrischen Installationen will ich gar nichts sagen, ich bitte, sich an Ort und Stelle selbst zu überzeugen.

Es ist Pflicht des Gemeinderates, für die rascheste Aufstellung eines eigenen Maschinenhauses zu sorgen, da die größte Gefahr besteht, daß der Betrieb des Krankenhauses unterbrochen werden muß. Interessant ist auch die Brunnenanlage. Ich will mich kurz fassen und sagen, die Einrichtungen wurden so gemacht, wie man sie vor 25 Jahren machte. Die Tobsuchtszellen sind ganz unsachgemäß angelegt, wovon Sie sich ebenfalls überzeugen wollen; auch hiefür ist das Geld hinausgeworfen."

Herr Bürgermeister: „Ich muß meine vorherige Bemerkung wegen des Vertagungsantrages richtigstellen, als es im § 36 der Geschäftsordnung heißt: Anträge auf Schluß der Debatte sind sofort, Anträge auf einfache Vertagung oder auf Uebergang zur Tagesordnung sind nach Anhörung des Berichterstatters oder selbständigen Antragstellers, ohne daß eine Debatte zulässig ist, zur Abstimmung zu bringen. Ich erteile demnach Herrn G.-R. Kirchberger zum Antrage auf Vertagung das Wort."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich muß mich gegen den Vertagungsantrag aussprechen und zwar im Sinne meiner vorherigen Ausführungen. Ich halte den Antrag des Herrn G.-R. Erb in der Hinsicht wohl für richtig, daß die Punkte über die Bauführungen der Bausektion zugewiesen werden, welche beauftragt werden soll, bis zur nächsten Sitzung einen eingehenden mit Belegen versehenen Bericht zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit muß ich aber ersuchen, die Ausführungen des Herrn G.-R. Zwicker anzuhören, dieselben werden sehr lehrreich und interressant sein und in der Zukunft Fehler in der Bauführung vermeiden lassen. Persönlich möchte ich zu den Ausführungen des Herrn G.-R. Zwicker richtig stellen, daß ich die ganze Angelegenheit nicht erst heute bringe; seit zwei Jahren plage ich mich, um eine Besserung der unhaltbaren Verhältnisse zu erzielen, was auch die Protokolle, in denen mein Verlangen immer und immer wieder festgelegt ist, beweisen. Bis jetzt ist aber nichts geschehen. (Zwischenruf: „Wer hat denn die Schuld!") Ich muß mich für die Anwürfe bedanken; das habe ich dafür, daß ich es war, der in den Krankenhausbetrieb erst Ordnung hineingebracht hat. Es ist ganz unrichtig, wenn Herr G.-R. Zwicker sagt, daß ich nichts getan hätte. Ich sehe micht genötigt, den mir öffentlich gemachten Vorwurf richtig zu stellen. Wenn meine Anträge nicht ausgeführt wurden, bin ich dafür nicht verantwortlich, da ich über das Bauamt nicht verfügen kann."

Herr Bürgermeister: „Ich bringe den Vertagungsantrag über die baulichen Umänderungen zur Abstimmung, und glaube, daß die Herren damit einverstanden sind, wenn ich die sofort möglichen Durchführungen, als Einholung eines Gutachtens von Herrn Primarius Dr. Oser und die Ausschaltungen des Architekten Schimitzek und des Baurates Nejdl, als angenommen betrachte, während alle übrigen Punkte der III. Sektion zur Berichterstattung bis zur nächsten ordentlichen Gemeinderatssitzung zuzuweisen sind."

Herr G.-R. Kirchberger: „Die Angelegenheit ist der III. Sektion zuzuweisen, das ist aber kein Vertagungsantrag."

Herr Bürgermeister: „Nach dem klaren Wortlaut der Geschäftsordnung habe ich über die Vertagung abstimmen zu lassen, da diese durch das Verlangen in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten, doch gegeben ist."

In der eingeleiteten Abstimmung sprechen 16 Herren gegen die Vertagung und 14 Herren für die Vertagung aus.

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich stelle den Antrag, daß mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit heute nicht mehr weiter verhandelt wird, sondern der Bericht der Krankenhauskommission sofort zur Berichterstattung überwiesen wird."

Herr G.-R. Zwicker: „In der Sache muß öffentlich Stellung genommen werden."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Zur Ergänzung des Antrages des Herrn G.-R. Kirchberger möchte ich bitten, daß

zugleich mit der Ueberweisung des Berichtes an die III. Sektion Herr Primarius Dr. Oser ersucht wird, die betreffenden genannten Persönlichkeiten bei ihren Antragstellungen auszuschalten."

Herr G.-R. Zwicker: „Die jetzt fungierenden Organe haben ja die ganzen Bauten durchgeführt und hätten die Uebelstände selbst sehen müssen; es ist daher ganz zwecklos, daß die Sache in die Sektion kommt.

Herr G.-R. Prof. Erb: „Den Vertagungsantrag habe ich deshalb gestellt, damit eine geschäftsordnungsmäßige Durchführung möglich ist und nun sehen Sie, wohin Sie durch die Ablehnung meines Antrages gekommen sind. Der Antrag war ja doch so gedacht, daß der Herr Bürgermeister ersucht wird, die Anträge, welche in die Bausektionen gehören, der Sektion zu überweisen und die anderen Punkte des Antrages sogleich zur Durchführung zu bringen."

Herr Bürgermeister: „Es scheint das Wort „Vertagung" nur abschreckend gewirkt zu haben; es ist aber eine Erledigung wirklich nur bis zur nächsten ordentlichen Sitzung möglich. Die Herren vom Armenrat warten bereits auf Einlaß und tagt der Armenrat in diesem Saale." (Herr G.-R. Zwicker ruft: Sie sollen warten, oder wir gehen wo anders hin"). Der Armenrat wurde von der Gemeinderatssitzung einberufen und hat Herr Vizebürgermeister Fendt auch ausdrücklich bei Einberufung des Gemeinderates auch darauf aufmerksam gemacht. Es wäre ohnehin beantragt gewesen, die außerordentliche Gemeinderatssitzung auf Dienstag anzuberaumen, was jedoch nicht angenommen wurde und so mußte die Bedingung gemacht werden, daß um halb 4 Uhr Schluß der Gemeinderatssitzung ist. Ich ersuche Herrn G.-R. Kirchberger, seinen Antrag nochmals zu wiederholen."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich habe beantragt, den baulichen Teil der Anträge der Krankenhauskommission sofort der Bausektion zu überweisen mit dem Auftrage, in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen, in welcher Art und Weise Ausschreibung und Vergebung erfolgen solle. Mit dem Beschlusse über meinen Antrag wären somit die heutigen Verhandlungen abzubrechen; darunter verstehe ich aber keine Vertagung."

Herr Bürgermeister: „Es würde also der Antrag lauten, die Debatte heute abzubrechen und den Bericht der Krankenhauskommission der III. Sektion zur Berichterstattung zuzuweisen."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Ich möchte aufmerksam machen, daß in den Anträgen der Krankenhauskommission auch andere als bauliche Punkte darinnen sind, über die sich der Gemeinderat heute äußern soll."

Herr Bürgermeister: „Aber die Bausektion muß sich doch zuerst äußern und werden wir dann in der nächsten ordentlichen Gemeinderatssitzung Gelegenheit haben, uns eingehend mit dem ganzen Antragskomplex zu beschäftigen. Ich bringe somit den Antrag des Herrn G.-R. Kirchberger zur Abstimmung."

Der größte Teil der Herren Gemeinderäte verlassen den Sitzungssaal. Der Antrag erscheint ohne Gegenäußerung angenommen.

Herr Bürgermeister (zum Schriftführer): „Schluß der Sitzung um 3 Uhr 40 Min."

Fortsetzung

der Verhandlungen des Gemeinderates von der außerordentlichen Gemeinderatssitzung vom 10. März 1919, am 11. März 1919 um 2 Uhr nachmittags.

Herr Bürgermeister: „Ich gestatte mir, die Herren Gemeinderäte zu begrüßen, stelle die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erkläre die außerordentliche Gemeinderatssitzung für eröffnet. Nachdem die Sitzung gestern infolge Tagung des Armenrates abgebrochen werden mußte, traten die Parteiobmänner zu einer Konferenz zusammen und gelangten zu dem Entschlusse, eine Sitzung für heute 2 Uhr nachm. zur Fortsetzung der Verhandlungen anzuberaumen.

Entschuldigt haben sich die Herren: Vizebürgermeister Fendt und die Herren Gemeinderäte Prof. Gregor Goldbacher, Dr. Harant, Ludwig Karl, Ignaz Langoth, Hermann Kletzmayr, Karl Mayr, August Mitter und Karl Wöhrer.

In Fortsetzung des gestrigen Verhandlungsgegenstandes „Krankenhausangelegenheiten" erteile ich Herrn G.-R. Bauoberinspektor Zwicker das Wort."

Herr G.-R. Zwicker: „Leider wurden gestern meine Ausführungen durch gewisse Umstände unterbrochen und sehe mich daher veranlaßt, das gestern Gesagte nochmals zu wiederholen.

Die Ausführungen des Herrn Gemeinderates Kirchberger sind sehr interessant und lassen auf vieles schließen.

Warum erst heute über die eminent wichtige Angelegenheit berichtet wird, muß als rätselhaft hingestellt werden und ist meines Erachtens Herr Gemeinderat Kirchberger, welcher doch schon seit längerer Zeit Direktor des Krankenhauses ist, nicht ganz von der Schuld freizusprechen, daß nicht schon früher Aufklärungen über die desolaten Zustände im Krankenhause gegeben wurden.

Es ist interessant zu hören, mit welchen Firmen das Krankenhaus gearbeitet hat, siehe mährisch-galizische Elektrizitätswerke, welches, wie Ihnen bekannt, seinerzeit um weniges billiger war, jedoch man hat es unterlassen, eine größere Firma für die Installationen heranzuziehen und dies muß doch, auf was ich später zurückkommen werde, seinen bestimmten Grund haben.

Sich mit Firmen nach einer Zeit, wo sämtliche Garantien abgelaufen sind, herumzuschlagen, hat gar keinen Wert, und bin ich auch der Ansicht, daß man bei derart minimalen Beträgen ganz gut schon deshalb einen Ausgleich tätigen kann, um vollkommen los zu werden.

Dem entsprechend würde ich auch vorschlagen, eine Untersuchung der Leitungen nicht durch jene Firmen, welche sie ausgeführt haben, zu veranlassen, sondern sich mit einer solchen ins Einvernehmen zu setzen, bei der volle Gewähr der Sachgemäßheit vorhanden ist.

Das gleiche gilt auch von den seitens der Pfeiffer-Werke gelieferten Apparaten. Es geht deutlich hervor, daß sich eine Firma auf die andere ausredet und dies konnte nur deshalb geschehen, weil nicht rechtzeitig eingegriffen wurde und nicht rechtzeitig der entsprechenden Bestellungen zu wahrende Standpunkt berücksichtigt erscheint.

Es ist auch weiters interessant, von den verschiedenen Uebelständen im Krankenhause zu hören und habe ich mir wegen des großen Interesses der Sache selbst erlaubt, einen Rundgang in den Räumen des Krankenhauses zu machen.

Zur Aufklärung der hier anwesenden Herren und in Ergänzung der Ausführnngen des Herrn G.-R. Kirchberger möchte ich folgendes hinzufügen:

Das Krankenhaus ist tatsächlich in einem solchen Zustande, daß es jeder Beschreibung spottet.

Von der Kesseleinrichtung ausgehend, möchte ich die verehrlichen Herren schon heute darauf aufmerksam machen, daß, wenn nicht ehestens Remedur geschaffen wird, d. h. zumindest bis zum Herbste einwandfrei, sicher und gut funktionierende Apparate beschafft werden, das Krankenhaus bis zu diesem Zeitpunkte eine Katastrophe erleben kann.

Die Räume sind total verschmutzt und versaut, was selbstverständlich auf den herrschenden Platzmangel und auf die ganz widersinnig vorgenommene Situierung zurückzuführen ist; die Kessel rinnen, die Motorenanschlüsse sind nicht in Ordnung usw.

Die Kesselanlage selbst besteht aus Radiatoren, wovon eine Gruppe als Heiznieder druckkessel arbeitet u. zw. für Wäscherei und Kochkessel. In diesem Falle wird das Kondensat wieder rückgespeist und Zusatzwasser vom Hochreservoir genommen und sind hiezu eine Anzahl Pumpen vorhanden.

Daß auch in dieser Hinsicht von einer langen Lebensdauer der Kessel nicht die Rede sein kann und auch die Instandhaltung schwer durchführbar ist, ist darauf zurückzuführen, daß das Zusatzwasser aus dem Steyrflusse entnommen und ohne Reinigung zur Kesselspeisung verwendet wird, welcher Umstand zum Ausglühen und Verbrennen der Kessel führte, daher schon heute ohne Rücksicht auf neue Kessel eine Wasserreinigung zu installieren ist, damit doch zumindest für die nächste Zeit ein halbwegs sicherer Betrieb ohne Auswechslung der Kessel gewährleistet erscheint.

Vollkommen in die Details hinsichtlich der Zubehöre dieser Anlage einzugehen, ist nicht notwendig und wäre es selbstverständlich am besten, wenn alle Herren, die sich eigentlich früher mit der ganzen Angelegenheit hätten beschäftigen müssen, den Zustand an Ort und Stelle erheben und ich glaube, daß diese Herren überrascht sein werden und auch finden, daß mit meinen Ausführungen nicht zu viel gesagt ist.

Die Hochreservoire für Kalt- und Warmwasser sind viel zu klein dimensioniert, man findet höchstens durch 6 bis 8 Stunden das Auslangen, was natürlich zur Folge hat, daß der Kessel-

betrieb lange geführt werden muß, wogegen bei richtiger Dimensionierung der Reservoire viel Kohle dadurch erspart würde, weil man den Betrieb ganz bedeutend verkürzen könnte.

Die mit der Kesselanlage zusammenhängenden Heiz-, Warmwasser-Rohrstränge usw. besitzen z. B. keine Vorrichtung, um einzelne Gruppen abzuschalten, was natürlich Folgen und schwerwiegende Umstände nach sich zieht. Wenn z. B. im Kellergeschoß ein Rohr undicht wird oder ein Heizkörper, muß die ganze Heizanlage des Krankenhauses außer Betrieb gesetzt werden und wenn diese Reparatur 3 Tage dauert, welche zumindest nur in den Winter hineinfallen kann, so muß während dieser Zeit das Krankenhaus ohne Heizung sein. Die ganze Anlage muß entleert werden, ferner muß man das Frischfüllen beschleunigen, wobei wiederum nur Rohwasser genommen wird und die Kesselsteinbildung im erhöhten Maße zur Verstopfung der Rohre und späteren Auswechslung führt.

Mit der Heizanlage kommt die ganze Zufuhr der Kohle und Abfuhr der Schlacke in Frage.

Wie es möglich war, daß gerade diese Frage eine so klägliche Lösung gefunden hat, ist wiederum rätselhaft und auch auffallend, wenn man beim Betreten des Haupteinganges sieht, daß daselbst Kohle abgeladen und Asche aufgeladen wird.

Wenn dies bei einem anderen Neubau als gewöhnliches Wohnhaus passiert, könnte man hierüber hinweggehen, aber bei einem Bau angeblich modernster Ausführung und dienend als Krankenhaus, sollte man doch glauben, daß jede Staubentwicklung vor dem Gebäude zu vermeiden wäre. Letzteres ist aber nicht der Fall, und man kann durch die von Hand aus durchzuführenden Manipulationen des Kohlenabladens und Schlackeaufladens sehen, daß die ganze Vorderfront des Krankenhauses bereits verschmutzt ist und was wichtig ist, durch die mangelhaften Arbeiten schließen die Fenster nicht und ist in den Krankensälen die Staubentwicklung bei obigen Manipulationen empfindlich bemerkbar.

Daß das Schlucken des Staubes für die Patienten gesundheitsschädlich ist, ist vollkommen klar. Um diesem Uebelstande teilweise abzuhelfen, hat man sich entschlossen, hinter dem Krankenhause einen Schupfen im ungefähren Werte von K 10.000·— zu erbauen, und dieser wurde wiederum so glücklich angelegt, daß beim Abladen und Aufladen der Kohle die Mängel, die vor dem Krankenhause auftraten, sich jetzt in den Operationssälen bemerkbar machen. Das Kohlenlager befindet sich gerade unter diesen Sälen und nachdem dort die Fenster auch nichts weniger als gut schließen, werden die Räume versaut und man kann hier ebenfalls sagen, daß derartige Manipulationen eine eminente Gefahr für die Patienten bedeuten.

Ich komme nun zu den elektrischen Installationen.

Ein Beweis, mit welchen Firmen man es zu tun hat, ist der, daß heute Teile der Befestigungen losgerissen sind und durch das Halten von Hühnerfarmen in Räumen, wie z B. Wäscherei, Tobsüchtigenzellen, werden selbstverständlich alle auf die elektrischen Installationen bezughabenden Einrichtungen deshalb beschmutzt, weil die Hühner nicht darnach fragen, wo sie sich Luft zu machen haben.

Wird diese Anlage nicht dringend und von einer einwandfreien Firma instandgesetzt, so wird selbstverständlich auch hier das eintreten, was bei der Kesselanlage der Fall ist.

Es wurde auch hinsichtlich der elektrischen Anlage nicht Vorsorge getroffen für eine entsprechende Reserve, was sich in der letzten Zeit durch die bekannten Verhältnisse der Stromlieferung in Steyr durch Ausbleiben des Stromes bemerkbar machte.

Es ist unbedingt notwendig und dies gleichgültig davon, ob mit einer während des ganzen Jahres vollkommen sicheren Stromabnahme zu rechnen ist, eine entsprechende Reserve zu schaffen, damit nicht Fälle wie seinerzeit eintreten, daß man im Krankenhaus keine Heizung hat, daß kein Wasser und kein Licht zur Verfügung steht, daß keine Operationen ausgeführt werden können usw.

Dies bedingt die Schaffung einer eigenen Hauszentrale, u. zw. wie auch Herr G.-R. Kirchberger bemerkt hat, außerhalb des Gebäudes im Verein mit allen jenen Einrichtungen, die jetzt im Krankenhause unergebracht sind, störend wirken und Räume in Anspruch nehmen, die für die Manipulation Räume für das Krankenhaus selbst wegnehmen.

Ich wiederhole also, mit der Errichtung der Hauszentrale hätte die Errichtung einer neuen Kesselanlage, eines neuen Wirtschaftsgebäudes vereint zu werden, u. zw. Küche, Wäscherei, Kellerräume für Gemüse, Kohle, Holz usw.

Einen interessanten Anblick bietet auch der Trinkwasserbrunnen mit der vorhandenen Gestängepumpe, welche über ein Rädervorgelege mittelst Riemen von einem Motor angetrieben wird.

Man baut heute keine Gestängepumpe in einem 30 Meter tiefen Brunnen, da man über moderne Kreiselpumpen verfügt, die einen bedeutend geringeren Kraftverbrauch haben als die Gestängepumpe und auch weniger unter der Abnützung leiden.

Letztere Anlage beweist, daß nach kurzer Zeit alle Bestandteile ausgelaufen und ausgeschlagen sind und man dies tatsächlich als Schande betrachten muß. Auch noch heute sollte man an den sofortigen Einbau einer Kreiselpumpe denken, hat doch die Montage der Gestängepumpe, ehe die Anlage in Betrieb kam, soviele Schmerzen gebracht, daß eine ganze Wand des Brunnenhauses zusammenfiel. Hat dies nicht wesentlich mehr Kosten verursacht und von wem wurden die Kosten bezahlt? Wer war der Lieferant dieser Pumpe? Eine Steyrer Firma.

Hätte dieselbe sehr großes Interesse an der Ausführung des Krankenhauses gehabt, so hätte sie im Interesse des Krankenhauses diese Lieferung ablehnen müssen.

Es steht auch den Herren in dieser Hinsicht frei, sich an Ort und Stelle von meinen Ausführungen zu überzeugen und werde ich im übrigen auf die Lieferung der einzelnen Firmen zurückkommen.

Wenn ich vorhin Erwähnung machte, daß einzelne Räume, die für die Manipulation im Krankenhause selbst notwendig sind, aus Tobsüchtigenzellen und Bädern bestehen, so ist dies ein sehr trauriger Zustand. Es wird tatsächlich eine Tobsüchtigenzelle, weil Raummangel vorhanden, durch Primarius O. für seine Hühnerfarm verwendet, in der Wäscherei sind die Hühner für das Krankenhaus selbst untergebracht, die Infektions- und Krätzenbäder dienen als Magazine. Gemüse konnte nirgends untergebracht werden und wurden hiezu auf der rückwärtigen Seite des Krankenhauses zwei Lichthöfe überdeckt und führt der Zugang zu diesem Raume, wo das Gemüse untergebracht ist, durch ein Bad

Die Tobsüchtigenzellen wurden unter der Anordnung des bekannten Architekten Sch. gebaut. Bei diesen Zellen war die Türe, das Fenster, welches bis zum Fußboden hinunterreichte, mußte schon vorher zugemauert werden, in einer Stunde demoliert, und die zweite Zelle, wo der Tobsüchtige untergebracht wurde, in einer weiteren Stunde, und kann man von Glück sprechen, daß dabei nicht viele Menschenleben zugrunde gegangen sind, und nur das rechtzeitige Einschreiten hat dies verhindert.

Der Tobsüchtige hätte in die Lage kommen können, auf den Gängen sein Unwesen zu treiben In ganz Oesterreich gibt es wahrscheinlich keine Zellen, wo Tobsüchtige untergebracht sind, so daß man sich an der Ausführung einer solchen Zelle hätte ein Beispiel nehmen können?

Bei uns in Steyr projektiert ein Architekt, es werden tausende von Kronen für diese Zellen ausgegeben und diese entsprechen ihrem Zwecke nicht.

Daß, wie auch vom Herrn G.-R. Kirchberger vorgeschlagen wurde, durch Erweiterung des Krankenhauses allen diesen Uebelständen abgeholfen und Remedur geschaffen wird, ist vollkommen klar, aber dies kann nicht in der gleichen Weise geschehen, wie es jetzt der Fall ist; es muß ein Ganzes geschaffen werden und sind die Anordnungen wohl überlegt zu treffen, damit nicht tatsächlich wiederum das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen wird.

Und wie war es möglich, daß solche Zustände eintreten konnten?

Auf das Bauamt wird immer verwiesen, nun, nicht allein dieses ist schuld, sondern alle jene der Gemeindevertretung, welche sich in der Gemeinde vor Zusammenstellung der jetzigen Mitglieder befanden und die daselbst gepflogene und groß gezogene Freunderl-Wirtschaft.

Gewiß hat man in erster Linie einheimische Lieferanten zu berücksichtigen, aber es ist damit nicht gesagt, daß deshalb die Aufsicht fehlen muß und daher die heutigen Zustände des Krankenhauses: es ist keine Tür dicht, es hält kein Fenster usw, nicht aufgetreten wären.

Diejenigen Mitglieder, die sich in erster Linie um das Krankenhaus zu kümmern hatten, hätten sich zur Aufgabe machen sollen, hie und da nachzusehen und vieles Geld wäre dadurch erspart geblieben.

Ich kann nichts anderes sagen, als daß die tausende und tausende der Sammelgelder der Bevölkerung, der Industrien und aller jener, die dazu beigetragen haben, das Krankenhaus zu erbauen, hinausgeworfen wurden, ein Vorgehen, was die Gemeindevertretung vom Bürgermeister angefangen, nicht verantworten kann. Die Herren werden vielleicht der Anschauung sein, daß meine Ausführungen etwas zu stark klingen, aber es scheint schon in der letzten Sitzung im Krankenhaus die Frage wegen des Architekten Sch gestreift worden zu sein.

Dieser Mann hat K 47.500·— als Honorar seitens der Stadtgemeinde bekommen und teilt mir ein auswärtiger Geschäftsmann mit, an den Genannten Provision bezahlt zu haben. Ob dies der einzige Fall ist, kann ich nicht beurteilen, aber man muß schließlich die Möglichkeit ins Auge fassen, daß Sch. überhaupt nur mit Provisionen arbeitete.

Wenn die Gemeinderäte halbwegs das Interesse der Stadtgemeinde vertreten hätten, (da sie möglicherweise doch von den unhaltbaren Zuständen Kenntnis hatten) so wäre ein rechtzeitiges Eingreifen möglich gewesen und dadurch viel erspart worden.

Es scheint aber, daß die Herren in erster Linie ihre eigenen Interessen vertreten haben.

Wenn der betreffende Lieferant wußte, daß er bei einem Auftrage Abgaben an den Architekten leisten muß, so hat er selbstverständlich das Anbot um den Betrag der Abgaben erhöht und die Gemeinde mußte dies zahlen.

War denn niemand da, der sich um so einschneidende Sachen kümmerte? Es ist dies einfach unverantwortlich.

Die frühere Gemeindevertretung hat immer nur auf die Vorhergehenden Steine geworfen und selbst eine derartige Wirtschaft geführt, daß es genügt, den Beweis mit den Zuständen im Krankenhause zu erbringen.

Die seinerzeitige Gemeindevertretung hat bei den sogenannten Klubsitzungen die Rollen einfach an die einzelnen Mitglieder verteilt und diese wurden bei den Gemeinderatssitzungen eingehalten.

Dieser Vorgang hat aber wiederum dazu beigetragen, daß diese Verhältnisse, wie auch von anderer Seite geschildert, eintraten.

In obigen Ausführungen ist von der Ueberschreitung von K 170.000 — noch nicht die Rede und diese Ziffer wäre auch zu überprüfen, um zu konstatieren, woraus sich diese zusammensetzt. Es kann sich wiederum nur um die Aufsicht handeln und die Gemeinde ist dem Architekten zu Dank! verpflichtet, daß sie diesen Betrag über das Präliminare hat zahlen müssen.

Ich glaube bestimmt, daß Herr G.-R. Kirchberger, der lange in der Krankenhausverwaltung tätig ist, viel über die Verhältnisse erzählen könnte, aber immer der Ansicht war, als heutiger Parteigänger diese schützen zu müssen; es ist dies auch ein großer Fehler gewesen, denn er hätte die Möglichkeit gehabt, so manchen Betrag, der hinausgeworfen war, zu retten.

Ich spreche nur den einen Wunsch aus, daß gleichgültig, wer dazu berufen ist, bei den Neuwahlen die Gemeinde entsprechend zu vertreten, in erster Linie mit solchen Zuständen, wie sie jetzt herrschten, aufzuräumen ist, um tatsächlich das zu tun, was im Interesse der Bevölkerung gelegen ist.

Daß sich z B. niemand um die Sache gekümmert hat, beweist folgender Fall:

Es wird ein Kessel nach dem anderen aus dem Kesselhause hinausgeworfen, es werden neue angeschafft, und hier ist eine Versicherungspolizze, wo 5, 6 und noch mehr von Hundert bezahlt werden, ohne daß die Versicherung in Anspruch genommen wird

Dies hat meines Erachtens auch zur Folge, daß man sämtliche Rechnungen, welche auf den Krankenhausbau Bezug haben, einer Kontrolle unterzieht und auch das Material, welches sich auf die Offertlegung, der Aufträge an die einzelnen Firmen usw. bezieht, sichtet, um, wenn auch nicht mehr gutmachbar, doch nachweisen zu können, ob auch dieserhalb alles in Ordnung geht, und ich bin überzeugt davon, daß Fälle vorliegen, die ausbleiben hätten müssen.

Es wäre auch weiters eine Aufstellung zu machen, was man in der Zeit, als eigentlich noch die Garantie für sämtliche Einrichtungen im Krankenhause laufen müßte, für Beträge an Reparaturen, Instandsetzungen usw. verwendet hat und werden Sie sie sich gewiß selbst an den Kopf greifen, wenn dieser Betrag herausgezogen ist.

Sie müssen mir daher zugeben, daß, wenn tatsächlich Interesse für die ganze Sache geherrscht hätte und nicht immer von dem Standpunkte der Freundschaft ausgegangen worden wäre, die Verhältnisse anders stünden.

Ich glaube mich nicht mehr in weitere Details einlassen zu müssen und befürworte den Antrag des Herrn Kirchberger, wegen Ausbau des Krankenhauses und Schaffung der so wichtigen Räume, aber dies hat auf einer Basis zu geschehen, welche nur das Interesse der Sache selbst im Auge behält.

Ich bitte, meine Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen, auch die Anträge der Krankenhauskommission im Dringlichkeitswege durchzuführen und nicht den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, sondern zu beauftragen, daß so rasch als möglich allen Uebelständen abgeholfen, daß ehestens daran geschritten wird, die Anträge im Detail zu behandeln und auf diese Weise auch in Angriff genommen werden. Ich lade die Herren ein, es der Mühe wert zu halten, sich selbst von den desolaten Zuständen im Krankenhause zu überzeugen, die derart sind, daß, wenn nicht rasch Remedur geschaffen wird, in der nächsten Zeit damit gerechnet werden müßte, den Krankenhausbetrieb einstellen zu müssen."

Herr G.-R. Prof Erb: „Was Herr G.-R. Zwicker ausgeführt hat, ist ja zum Teile gewiß richtig. Ich habe im Herbste vorigen Jahres durch mehr als drei Wochen Gelegenheit gehabt, jeden Tag ins Krankenhaus zu kommen und habe mich bei dieser Gelegenheit von einer Reihe dort herrschender Uebelstände überzeugt. Mir ist nur eines unklar, daß manche Experten, welche man vor dem Bau des Krankenhauses zugezogen hat, vollständig versagt haben. Es wurden die Pläne höheren Ortes, durch länger als ein halbes Jahr geprüft; diese wurden geradezu tadellos befunden und auf Grund dieser so vorzüglich begutachteten Pläne wurde gebaut. Ich bin ja sonst ein Laie in Bausachen und weiß nur insoferne Auskunft zu geben, als ich selbst ein Haus besitze und dadurch durch mehr als 20 Jahre gewisse Erfahrungen mir gesammelt habe. Ich begreife aber z. B. nicht, wie man ein großes Haus, daß 300 und noch mehr Personen Unterkunft bieten muß, ohne eigenes Maschinenhaus, ohne Kohlenschupfen usw. bauen konnte. Die Folge dieser Uebersehen liegen in den heutigen Klagen. Ich habe mich selbst von den beklagten Uebelständen überzeugt und habe mich sofort an die Bausektion gewendet, worauf z B. die Kohlen von dem Treppenaufgang den anderen Tag verschwunden waren. In jedem Hause sind Räume für Unterbringung von Kohle, Materialien usw. geradezu unentbehrlich, doch das alles fehlt unserem neuen Krankenhause und kann ich nicht verstehen, warum auf diese notwendigen Einrichtungen von Nebenräumlichkeiten gar kein Gewicht gelegt worden war. Der Gemeinderat mußte sich darauf verlassen, daß diese selbstverständlichen Nebenräume geschaffen werden und nun stellt es sich heraus, daß diese äußerst mangelhaft sind. Meiner Ansicht nach wurde ein großer Fehler gemacht, daß das ganze architektonische Denken auf eine schöne Fassade gerichtet war, daß man sich aber von dieser Seite aus um die notwendige Schaffung der Aufbewahrungsräume und Magazine nicht bekümmert hat. Ich habe auch die Wahrnehmung gemacht, daß von 9 Uhr vormittags bis abends in den Krankenzimmern die unangenehmsten Geräusche, die man sich vorstellen kann, sich bemerkbar machen. Es ist ein fortgesetztes Geräusch und ein Klappern; ein Gesunder wird bei dem Klappern schon nervös, gar nicht zu sprechen von einem Kranken, der schlafen soll und will, aber nicht kann. Ich weiß nicht woran die Schuld liegt. (Zwischenruf: „Die Maschinen im Hause sind die Schuld.") Die Maschinen passen nun tatsächlich nicht in das Haus und muß man sich mit dem Gedanken der Entfernung der Maschinenanlage aus dem Hause befreunden. Wie mir bekannt ist, sind aber in allen mittleren und kleineren Spitälern, die in den letzten Jahren gebaut wurden, auch die Maschinenanlagen unterirdisch im Hause selbst untergebracht und da wirft sich den doch die Frage auf, ob denn nicht auch in diesen Krankenhäusern ein Uebelstand durch den Einbau der Maschinenanlage im Hause selbst besteht und wäre es interessant zu hören, welche Erfahrungen dort z. B. in Bad Ischl, Scheibbs usw. gemacht werden. Ich spreche über Uebelstände im Krankenhause nicht das erstemal. Wozu haben wir aber unseren Maschinenexperten. Ich will gewiß nicht böswillig sein, wenn ich sage, daß ich von Leistungen unseres Maschinenexperten noch gar nichts gehört habe. Ich habe z. B. noch nichts gehört, daß derselbe, der doch Maschinen-Ingenieur ist, irgend etwas zur Verbesserung der Anlage beantragt hat. Die Geschichte mit den Kesselstein ist so einleuchtend, daß unser Experte doch schon längst hätte darauf aufmerksam machen sollen. Jeder Realschüler der IV. Klasse kann Ihnen heute die Bildung und Wirkung von Kesselstein erklären und darlegen, welche Gefahren die Kesselsteinbildung für derartige Anlagen bringt, und trotzdem hat es unser Maschinenexperte nicht der Mühe wert gefunden, darauf aufmerksam zu machen und Abhilfemaßnahmen zu beantragen. Unser Steyrwasser ist bekanntlich Hartwasser und muß zum Weichwerden ein Wasserreiniger aufgestellt werden. Das ist eine Sache, die unserem Experten als Kesselprüfungskommissär angeht. Ich muß daher schon sagen, daß wir mit diesen Experten einen Fehlgriff gemacht haben. Für die Zukunft soll es sich der Gemeinderat merken, daß er keinen Regierungsbeamten oder keinen Landesbeamten zu seinem Experten nimmt, sondern es soll ein Experte aus industriellen Kreisen, der mit Praxis ausgerüstet ist, genommen werden. Unser Experte hat uns bis zum heutigen Tage sitzen gelassen. Wir sehen also, daß die Ueberprüfer höheren Ortes und die Experten ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht voll getan haben. Nun komme ich zum Architekten Schimitzek. Meine Herren! Der Architekt Schimitzek hat sich meiner Ansicht nach um den Bau außerordentlich wenig gekümmert. Rufe: „Sehr richtig!") Einigemale kam er wohl nach Steyr, daher kann man auch ruhig sagen, daß er sich wenig um den Bau gekümmert hat. Nun möchte ich aber folgendes sagen. Es ist hier ein schwerer Vorwurf gegen den Architekten Schimitzek erhoben worden. Es ist gesagt worden, daß er Provisionen erhalten hat und Lieferanten können behaupten, daß sie nur Lieferungen erhalten hätten, wenn sie Provisionen an den Architekten bezahlt hätten. Wenn dies tatsächlich der Fall ist, so muß ich darauf dringen, daß mit dem Namen dieser Lieferanten herausgerückt wird; mit der unverbindlichen Form, daß dies geschehen sei, ist nichts gesagt. Mit diesem Anwurf können Leute beleidigt werden, die von solchen Provisionen gar nichts wissen. Es muß eine allerstrengste Untersuchung eingeleitet werden, wer die Provisionen genommen und wer sie gegeben hat. Diese Angelegenheit muß in die Oeffentlichkeit gezogen werden, wenn sie nicht zu einem gerichtlichen Nachspiel zu führen hat, um eine volle Reinheit und Klarheit in die Sache zu bringen. Will der Herr G.-R. Zwicker die Namen hier nicht nennen, so solle er sie dem Krankenhausbaukomitee bekanntgeben, damit seitens der Stadtgemeinde-Vorstehung vorgegangen werden kann. Dies ist unbedingt notwendig.

Auch hinsichtlich der nicht erhobenen Versicherungsentschädigungen sind genaue Erhebungen zu pflegen, da ein solches Uebersehen einen schweren, die Gemeinde schädigenden Fehler bedeutet. Ich will mich durchaus kurz fassen und nochmals darauf verweisen, daß ich selbst öfters über die Uebelstände im Krankenhause Mitteilung machte und darauf hinwies, daß Verbesserungen notwendig sind. Das seinerzeitige Spitalbaukomitee besteht heute nicht mehr und fragt es sich, ob diese Fragen nun die Bausektion behandeln oder ein Spitalbaukomitee neu zusammengesetzt werden soll; das überlasse ich den Herren. Es wird sich aber ein neuer Ausschuß bilden müssen, welcher den Zweck hat, das Krankenhaus in jene Form zu bringen und alles das gut zu machen, was verfehlt wurde. Ich möchte auch noch erwähnen, daß die gemachten Fehler Erscheinungen sind, die mehr oder weniger jeder Neubau aufzuweisen hat, die aber wohl bei so langem Vorstudium durch die Experten hätten vermieden werden können; in dieser Hinsicht muß ich Herrn G.-R. Zwicker ohneweiters zustimmen Aber nicht allein Verbesserungen sind durchzuführen, sondern es wird Aufgabe der Gemeinde sein, an eine Erweiterung des Krankenhauses überhaupt zu schreiten. Es muß der Infektionspavillon erbaut werden, das Krankenhaus muß nach dem Antrag des Herrn G.-R. Landa so erweitert werden, daß eine Frauenklinik geschaffen wird; es wird ein Tobsuchtstrakt, eine Tuberkulosenfürsorge und eine Abteilung für Geschlechtskranke geschaffen werden müssen. Alle diese Forderungen werden nach einem bestimmten Plan durchzuführen sein und für alle diese Zubauten muß ein Maschinenhaus gebaut werden, welches in Hinkunft nicht nur das bestehende Krankenhaus, sondern auch diese genannten Erweiterungsbauten nach allen Richtungen hin entsprechend und anstandslos versorgen kann. Es ist also heute schon der Weg gekennzeichnet. Ebenso muß in der elektrischen Beleuchtung eine derartige Einrichtung getroffen werden, daß das Krankenhaus selbst imstande ist, sich mit elektrischem Licht ausreichend zu versorgen, was auch durch den

Neubau eines Maschinenhauses und seinen Einrichtungen soweit möglich gemacht werden muß, daß das Krankenhaus in seiner Beleuchtung von außen her unabhängig wird, oder doch eine Reserveanlage hat. Weiters muß die Schaffung von Leuchtgas vorgesorgt werden, das in einem Krankenhausbetrieb geradezu unentbehrlich ist; unentbehrlich ist Gas auch für Wärme- und Kochzwecke usw. Einen Hauptpunkt wird die Schaffung von Aufbewahrungsräumlichkeiten, Schupfen usw., bilden und nicht zu vergessen eine Wohnung für den Primarius und Wohnungen für die Dienerschaft des Krankenhauses.

Was die Ueberschreitungen der Bausumme betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß der größte Teil der Bauzeit schon in die Kriegszeit fiel, welche die Bauführung selbstverständlich verteuerte. Die Teuerung betraf insbesondere die Einrichtungen für das Krankenhaus, die zu einem sehr bebedeutend erhöhten Preise beschafft werden mußten.

Alle die vorgedachten Fragen der Verbesserung und der notwendigen Erweiterungsbauten werden den Gemeinderat in der nächsten Zeit intensiv beschäftigen müssen. Die Kosten derselben werden wohl in die Millionen gehen. Die Fragen sind in zwei Teile zu teilen, in das, was sofort zu geschehen hat, und in das, was in späterer Zeit durchgeführt werden muß.

Für die Schuldfrage an Verfehlungen gibt es aber gewiß mildernde Umstände, die ich schon vorher angeführt habe und die den vergangenen Gemeinderat gewiß entlasten. Daß es aber höchste Zeit ist, sich mit den Verbesserungsfragen eingehend zu beschäftigen, ist richtig und wünsche ich lebhaft, daß die heutigen Ausführungen und Anregungen für das Krankenhaus zu einem recht guten Erfolge führen."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich erlaube mir in erster Linie auf den Bericht der Krankenhauskommission zurückzukommen und behalte mir vor, Herrn G.-R. Zwicker auf die gegen mich gerichteten Anwürfe später zu antworten. Die Anträge der Krankenhauskommission haben den Zweck, die Uebelstände im Krankenhause gänzlich aus der Welt zu schaffen, wovon der verlesene Bericht genau spricht. In erster Linie trifft die Umgestaltung die Maschinenanlage, wobei bei der Neuschaffung derselben schon darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß die Neuanlage so erfolgt, daß dabei auch schon auf die Zubauten, als Infektionspavillon, Frauenabteilung, Tuberkulosen- und Geschlechtskrankheitsabteilung usw. Rücksicht genommen wird. Der Bau des Maschinenhauses ist sofort in Angriff zu nehmen, da das Krankenhaus sonst im kommenden Winter vor der Gefahr steht, seinen Betrieb mangels Heizungsmöglichkeit und Warmwassermangel einstellen zu müssen; was das bedeuten würde, kann man sich leicht erklären.

Die Klagen über die in dem Berichte angezogenen Uebelstände sind aber nicht, wie Herr G.-R. Zwicker ausführt, erst jetzt zum erstenmale erwähnt worden. Ich habe sowohl in den Gemeinderats-, wie in den Sektionssitzungen immer wieder auf dieselben verwiesen und schon längst aufmerksam gemacht, daß eine Abhilfe unumgänglich notwendig ist. Leider war keine Abhilfe zu erhalten, da das Bauamt nicht funktionierte. Aus den vorliegenden Protokollen können sich die Herren überzeugen, daß ich oftmals vom Bauamte Abhilfe verlangte und auch ersuchte, demselben den bezüglichen Auftrag zu geben. Ob dies geschehen ist, weiß ich nicht. Das Bauamt hat sich aber während der Bauzeit nie um den Bau gekümmert und nur gelegentlich der Kollaudierung war das Bauamt vertreten. Als ich die Verwaltung des Krankenhauses freiwillig übernahm, herrschte die größte Unordnung; durch 1½ Jahre waren keine Rechnungen über Verpflegskosten herausgeschrieben. Ich habe dann persönlich die Rückstände aufgearbeitet und wird Herr G.-R. Tribrunner bestätigen können, daß auch dann der Krankenkasse ganze Stöße von Rechnungen zugekommen sind. Auch sonst herrschten im Krankenhause willkürliche Zustände und ist damals die Gemeinde durch verschiedene Manipulationen Bediensteter zu Schaden gekommen. Statt meinen Anträgen zu entsprechen, wurden mir stets Prügel unter die Füße geworfen und der ganze Dienst erschwert. Der Vorwurf des Herrn G.-R. Zwicker ist daher für mich eine unberechtigte Kränkung. Ich kann Sie versichern, wenn mir nicht das öffentliche Interesse am Herzen gelegen wäre, hätte ich die Stellung im Krankenhause längst über Bord geworfen. (Zwischenruf: „Wer hat dann die Schuld?") Ich war aber doch überzeugt, daß nach geschaffener Ordnung im Krankenhause ein Vorwärtskommen sein muß und wenn der Herr Bürgermeister im Bauamte eine tatkräftige Unterstützung gefunden hätte, wäre dies auch schon viel früher auf Grund meiner protokollarisch festgelegten Anträge und Verlangen möglich gewesen. Die Ausrede des Bauamtes, daß es keinen Auftrag hatte, sich um das Krankenhaus umzusehen, mag ja richtig sein, aber im Interesse der Gemeinde hätte das Bauamt soviel Initiative aufbringen können, selbst nachzuforschen und seine Wahrnehmungen zu melden. Nach einem Jahre war es erst möglich, die Pläne des Krankenhauses zu erlangen. Wären meine Anträge damals durchgegangen, wäre manches besser geworden; es wurde ihnen jedoch nicht Rechnung getragen. Dies zu meiner Rechtfertigung.

Zur Sache selbst muß ich betonen, daß es so nicht weitergehen kann. Ich würde mir die Sache so vorstellen, daß sofort Herren bestimmt werden, welche sich mit der Beschaffung von Plänen für das Maschinenhaus und ein Wirtschaftsgebäude unter Zuziehung eines wirklich tüchtigen Sachverständigen auch in Heizungsfragen beschäftigen und so rasch als möglich insbesondere der Bau des Maschinenhauses in Angriff genommen wird. Diese Anlagen müssen so geschaffen werden, daß sie sich dann auch in die künftigen Bauten des Infektionspavillons, der Frauenklinik, der Tuberkulosenfürsorgeabteilung und der Abteilung für Geschlechtskranke hineinfügen. Ich bitte, über die Angelegenheit schlüssig zu werden, damit die Gefahr, das Krankenhaus im Herbste schließen zu müssen, beseitigt werde."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Es ist sehr bedauerlich, was wir heute über die Zustände im Krankenhause hören mußten. Nichtsdestoweniger muß ich sagen, daß ich eine gewisse Befriedigung empfinde, wenn endlich die Möglichkeit gegeben wird, eingehend über die Zustände zu sprechen. Es ist nicht das erstemal, daß Beschwerden hierüber laut wurden; es ist aber in der Regel nicht viel darüber gesprochen worden. Zu Beginn des Baues bin auch ich im Krankenhauskomitee gesessen und ist es nur zu bedauern, daß von den vielen Sitzungen desselben gar keine Aufschreibungen vorhanden sind. Der seinerzeitige Herr Stadtrat Gall hat sich nur private Notizen gemacht; inwieweit solche vorhandene Notizen verläßlich sind, weiß ich nicht. Infolgedessen ist es auch heute schwer nachzuweisen, wie die Verhandlungen damals waren und wie das Krankenhausbaukomitee damals gewirschaftet und gearbeitet hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich mich wiederholt und ganz entschieden gegen gewisse Absichten des Bauplanes ausgesprochen habe und auch dagegen, daß es nicht gleichgültig ist, ob das Maschinenhaus im Hause selbst oder außer dem Hause, wie es heute gefordert wird, errichtet wird. Ich habe wiederholt darauf verwiesen, daß das Kesselhaus im Hause selbst Störungen verursachen wird und habe auf das Krankenhaus in Scheibbs aufmerksam gemacht, wo derselbe Fehler gemacht wurde und schon nach kurzem Bestande des dortigen Krankenhauses dieselben Uebelstände wie bei uns aufgetreten sind. Leider konnte ich gegen die Mehrheit, die anderer Meinung war, nicht durchdringen. Schon bei der Ausschreibung hat es mehrere Konflikte gegeben, weil ich auf den Standpunkt stand, besondere Einrichtungen nur Spezialfirmen zu übertragen. Die hauptsächlichsten Verhandlungen in der Vergebung von Arbeiten sind vom Architekten geführt worden, was in mir Bedenken erregte; auf meine Stellungnahme hiezu, wurde mir versichert, das alles tadellos ausgeführt werden wird und es ausgeschlossen sei, daß die Vergebung der Arbeiten von Provisionen abhängig gemacht werde. Im Jahre 1915 mußte ich von Steyr weg und konnte leider an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. Es sind aber inzwischen eine Reihe von Dingen geschehen und kann ich es nicht begreifen, daß man nicht im ersten Moment, wo man auf solche Fehler darauf gekommen ist, sofort daran gegangen ist, diese zu beheben. Es besteht eine ganze Reihe von Protokollen über Verhandlungen im Spitalbaukomitee, die auch im Gemeinderate zur Kenntnis gebracht wurden; es ist aber immer nur bei den Berichten geblieben, aber geschehen ist nichts. Es muß doch wirklich gefragt werden, wer nun dafür verantwortlich ist. Ein Fehler liegt aber in der Einteilung der Aufgaben in der Gemeinde, wo immer einer für alles verantwortlich gemacht wird und da dies nicht möglich ist, eigentlich niemand. Es heißt immer, der Bürgermeister hat zu haften, das Bauamt war zur Bauaufsicht nicht beauftragt und das Spitalbaukomitee sei nur ein Beratungskörper. Wie mir erinnerlich ist, wurde seinerzeit die Forderung gestellt, daß ein Wirtschaftsgebäude errichtet werde; vergessen ist auf die Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes also nicht worden, sondern es ist ausdrücklich abgelehnt worden. (Rufe: „Hört"!) Ich glaube, die Ablehnung ist nicht vom Spitalbaukomitee, sondern vom Gemeinderate selbst erfolgt. Auch die Erbauung eines Wohnhauses für den Primarius wurde gelegentlich der Bauführung des Krankenhauses vom Gemeinderate abgelehnt. Herr G.-R. Kirchberger hat gewiß oftmals auf diese Notwendigkeiten hingewiesen und auf die durch Fehler entstandenen Uebelstände aufmerksam gemacht. Seinen Anregungen ist aber nicht Rechnung getragen worden. Mir ist nach meiner Rückkehr nach Steyr erzählt worden, daß schon während meiner Abwesenheit eine Anzahl von Beschwerden vorhanden waren und daß gelegentlich einer Kesselrevision der Experte der Gemeinde über die Ursachen der so ungeheuer raschen Abnützung der Kessel gefragt wurde und auch der Maschinist schon damals die Schuld dem Steyrwasser zuschob, worauf vom Experten erwidert worden sein sollte, was versteht so ein Maschinist, ich bin der Sachverständige. Es zeigt sich auch hier wieder, daß mit dem System, die Ratschläge von praktisch erfahrenen Berufsleuten in den Wind zu schlagen, gebrochen werden muß. Hätte man damals über die Ergebnisse von Verhandlungen protokollarische Aufzeichnungen und keine Notizen geführt, hätte den Beschwerden nachgegangen werden können, so aber ist alles verloren gegangen. Wenn nun die neuen Zubauten ausgeführt werden, muß getrachtet werden, daß die alten Fehler vermieden und die Pläne so ausgearbeitet werden, daß im bestehenden Baue selbst kein Flickwerk entsteht. Das Maschinenhaus und das Wirschaftsgebäude sind, besonders das erstere, sofort in Angriff zu nehmen und dabei so zu dimensionieren, daß es für alle Ansprüche der künftigen Erweiterung des Krankenhauses vollkommen entspricht. Ich hatte es für viel besser, daß heute einmal gründlich über die dem neuen Krankenhause anhaftenden Mängel gesprochen wurde und durch keine Verschleierungen die alten Fehler wieder gemacht werden können. Die III. Sektion wäre sohin zu beauftragen, unter Zuziehung praktisch erfahrener Personen Pläne zu beschaffen. Vielleicht wäre es auch praktisch, ein eigenes Komitee für die künftigen Bauten zu schaffen, welches auch eine gewisse Verantwortlichkeit zu übernehmen hätte; ich halte es für besser, die Sektionen zu entlasten und eine Reihe von Per-

sonen damit zu beauftragen, die sich speziell mit den beabsichtigten Bauführungen zu befassen haben. Damit werden sich gewiß auch die alten Fehler vermeiden lassen."

Herr G.-R. Landa: „Auf die erst seit kurzer Zeit amtierenden Gemeinderäte haben die Ausführungen des Herrn G.-R. Zwicker einen recht peinlichen Eindruck gemacht und es ist traurig, von einem Bauwerk, das erst seit drei Jahren in Benützung steht, so furchtbare Klagen zu hören. Einen ganz eigenartigen Eindruck macht es, daß die Gemeinde mit ihren Experten so schlimme Erfahrungen gemacht hat. Herr G.-R. Prof. Erb hat ganz besonders die erfolglose Tätigkeit dieses Experten angezogen und bemerkt, man solle in Hinkunft keine Experten nehmen, die aus Beamtenrangsklassen stammen; ich finde aber, daß die nichtrangsklassenmäßigen Experten, die die Gemeinde hatte, nicht viel besser waren. Wer die Schuld trägt, wird die nähere Untersuchung zeigen müssen. Den allertraurigsten Eindruck aber macht es, daß es so weit hat kommen können und zwar in einer so kurzen Zeit und daß sich niemand darum gekümmert hat. Ich möchte darauf verweisen, daß uns gelegentlich der letzten Präliminarkommissionssitzung über den Stadtvoranschlag für 1919 eine Rechnung vorgelegt wurde, die uns einen Abgang von 27 000 K aufwies und als wir dann zum Schlusse des Präliminares gelangten, es sich herausstellte, daß die Gemeinde über ein Vermögen von 5,000 000 K verfüge. Während der Beratungen des Präliminares gingen die Gemeinderäte in Unkenntnis dieses Ueberschusses so sparsam vor und niemand wollte eine Krone mehr verlangen, um sich mit Rücksicht auf den ausgewiesenen Abgang von 27 000 K keine Verantwortung aufzuhalsen. Zum Schlusse erst zeigte es sich, daß in Wirklichkeit ein gewaltiger Ueberschuß vorhanden sei, weshalb ich auch sofort das Verlangen stellte, einen Betrag von 400.000 K zur Schaffung einer höchst dringlichen Anstalt zu reservieren; ich stellte an die Kommissionsmitglieder die Bitte, einen Betrag von 400.000 K für die Schaffung eines Gebärhauses mit einer Wöchnerinnen-Pflegestätte, welche an das Krankenhaus angegliedert werden sollen, zu bewilligen. Da nun auch Herr G.-R. Kirchberger für die Ausgestaltungen des Krankenhauses einen großen Betrag forderte, wurde nur ein Betrag von 250.000 K eingesetzt. Es hätte aber für meinen Antrag ein viel höherer Betrag, als der von mir beantragte, eingesetzt werden können, wenn der Voranschlag ein wahrheitsgetreues Bild von dem Stande der Finanzen der Stadt gegeben hätte."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte die Ausführungen des Herrn G.-R. Landa dahin richtig stellen, daß die Ursache der Verminderung seiner beantragten Summe darin lag, daß in erster Linie für die Ausgestaltung gesorgt werden muß und dafür im Laufe des Jahres, wenn an die zukünftigen Bauten geschritten werden muß, noch große Beträge erforderlich sein werden.

Was Herr Vizebürgermeister Wokral ausführte, daß keine protokollarischen Aufzeichnungen aus den Vorverhandlungen vorliegen, ist richtig. Ich habe nachträglich eine Zusammenstellung der Notizen veranlaßt. Die Anregungen des Maschinisten Mayrhofer wurden tatsächlich vom Architekten Schimitzek und Baurat Nejdl nicht beachtet und von beiden gesagt, der Maschinist ist kein Sachverständiger. Mir sind auch praktisch erfahrene Leute lieber, als Personen, die vom grünen Tisch aus Anordnungen treffen."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Wir Christlichsozialen haben im Interesse der Bevölkerung schon oft bedauert, daß unsere Partei seit Jahren im Steyrer Gemeinderate nicht mehr vertreten war. Niemals haben wir aber das so bedauert, als in der Spitalbaufrage, deren Lösung im Interesse der Stadt eine unabhängige zielbewußte Opposition dringendst verlangt hätte. Wären wir damals zu Worte gekommen, wäre die Opposition der sozialdemokratischen Gemeinderäte gestanden. Vielleicht wäre den Herren der Majorität die bittere Stunde, die sie eben erleben, erspart geblieben. Wir Christlichsozialen sind also unschuldig an der gegenwärtigen Spitalbaukalamität und tragen daher keine Verantwortung. Beim Baue eines neuen Spitales ist selbstverständlich große Vorsicht und Umsicht in der Wahl der Pläne nötig. Professor Billroth sagte: Man sollte jedes Spital zweimal bauen. Beim zweiten Baue könnte man dann die Fehler verbessern, die man beim ersten übersah.

Die Herren hätten also bei der Wahl eines Projektes für den Spitalbau äußerst vorsichtig sein sollen. Mit seltener Hartnäckigkeit verharrten sie auf dem Projekte Schimitzek. In der Gemeinderatssitzung vom 26. Juli 1913 zeigte sich das ganz deutlich. Es handelte sich damals um die endgültige Wahl eines Projektes für den Spitalbau. Zwei lagen vor: jenes vom Architekten Schimitzek und das vom Architekten Waller, eines gebürtigen Steyrers. Schimitzek durfte sein Projekt wiederholt verbessern, an Wallers Projekte wurde allerhand bemängelt. Das zweite verbesserte zog man nicht mehr in Betracht, weil es erst nach der Komiteesitzung eingelangt war. Herr G.-R. Wokral gab damals seiner Meinung dahin Ausdruck, daß er glaube, die so schnelle Annahme des Projektes Schimitzek sei nicht die günstigste Erledigung der Spitalbaufrage. Er beantragte, das verbesserte Projekt Waller durch Sachverständige prüfen zu lassen und dann über die Vergebung des Baues schlüssig zu werden. Allerdings wäre dadurch die Bauvergebung auf etwa drei Wochen hinausgeschoben worden, was aber bei der Wichtigkeit der Sache gewiß nichts verschlagen hätte.

Die Majorität lehnte den Antrag ab und entschied sich für Schimitzek, den „Spezialisten" in Spitalbaufragen, wie er genannt wurde, trotzdem sein Projekt in verschiedenen Belangen den maßgebenden Grundsätzen des Wiener Ingenieur- und Architektenvereines für den Bau und die Einrichtung von Krankenhäusern nicht entsprach. Die Zahl der Sachverständigen zu vermehren, lehnte man ebenfalls ab und auch den Antrag des Architekten Waller, den Vorstand der Bauleitung bei der Statthalterei in Wien für Wiener Krankenanstalten, Baurat Max Seitz, noch zu Rate zu ziehen.

Schimitzek war einmal der Auserkorene und dabei mußte es bleiben und das war ein großer Fehler, der sich heute rächt. Damals schrieb das Organ der Christlichsozialen, die „Steyrer Zeitung:"

„Durch das sehr einseitige Vorgehen, das beliebt wurde, haben wir aber zu unserem Bedauern bislang nicht die Beruhigung schöpfen können, daß der gewählte Bauplan derzeit das unter allen obwaltenden Verhältnissen für Steyr erreichbare Beste darstellt. Wir können nun beifügen, daß ganz ähnliche Besorgnisse in Steyr im weiten Kreise der Bevölkerung und zwar ohne Unterschied der Partei (auch unter den Anhängern des derzeitigen Rathausregimes) geteilt werden, was wohl zu beachten ist."

Es wurde aber außer Acht gelassen.

Die Gemeinde schloß jedoch mit Schimitzek einen Vertrag, in dem es heißt: „Schimitzek hat die Oberbauleitung zu übernehmen, einen am Bauplatz ständig anwesenden geeigneten Bauleiter zu bestellen und monatlich mindestens zweimal persönlich die Fortschritte des Baues zu überwachen und die Verantwortung für die tadellose Ausführung zu übernehmen."

Der Vertrag war recht und schön, aber es war — wie ich schon einmal im Gemeinderate bemängelte — niemand da, der sich darum kümmerte, daß der Vertrag auch pünktlich eingehalten werde. So war es mit dem Elektrizitätsvertrag, so ist es mit dem Theatervertrag.

Jetzt schiebt man die Schuld zum größten Teile auf das Bauamt. Immer wieder dieselbe Klage: das Bauamt und wieder das Bauamt. In diesem Falle glaube ich aber, daß das Bauamt wieder nur als Blitzableiter benützt wird, denn die Bauleitung war Schimitzek übertragen und ist es sehr fraglich, ob nicht dem Baurate, falls er sich um den Bau gekümmert hätte, etwa gesagt worden wäre: „Sie geht das gar nichts an, Sie haben keinen Auftrag." Die Schuld liegt in der großen Vertrauensseligkeit, die die Herren der Majorität zu Schimitzek hatten und am Mangel jeder genauen Kontrolle seitens der Stadtgemeinde-Vorstehung beim Baue des Spitales. Die Gründe, warum gerade Schimitzek mit so ungeheurem Vertrauen entgegengekommen wurde, entziehen sich meiner Beurteilung.

Die großen Fehler, wie sie Herr Oberinspektor G.-R. Zwicker schilderte, sind nun einmal da und unsere Aufgabe ist es jetzt, sie so schnell als möglich zu verbessern, um einer größeren Katastrophe vorzubeugen. Wir Christlichsozialen stimmen den wohlerwogenen Vorschlägen der Spitalkommission zu und wünschen eine ehemöglichste gründlichste Beseitigung aller im Krankenhause bestehenden baulichen Uebelstände zum Wohle der armen Kranken, die unter diesen mitunter recht empfindlich zu leiden haben. Auch dem ärztlichen Dienste und dem Verpflegswesen wird damit nicht wenig gedient sein. Wir begrüßen es mit Freude, daß jetzt Ordnung geschaffen werden soll und versichern, daß wir mit allen Kräften an der Verbesserung mitarbeiten werden. Auch wünschen wir, daß nach dem Antrage des Herrn G.-R. Zwicker die Rechnungen noch einmal geprüft werden, damit auch in dieser Hinsicht volle Klarheit geschaffen wird."

Herr G.-R. Tribrunner: „Eine Ursache, daß die Uebelstände im heutigen Krankenhause heute bestehen, liegt in dem Mangel der Durchführung der Beschlüsse. Es wurde damals auch die Anregung gegeben, sich steiermärkische Krankenhäuser anzusehen, wie auch sich für das Projekt Waller einzusetzen. Als die „Steyrer Zeitung" die von Herrn G.-R. Prof. Brand angezogene Klage führte, war die Sache bereits abgetan; tatsächlich hat Architekt Waller auf Fehler öffentlich aufmerksam gemacht. Wenn vorhin von Baujugendsünden gesprochen wurde, so ist dies insoferne richtig, als das Krankenhaus in Steyr nicht der erste Bau war, sondern schon vor diesem in anderen Orten neue, den modernen Anforderungen entsprechende Krankenhausbauten ausgeführt wurden, von denen man lernen und die dort aufgetauchten Fehler bei unserem Bau hätte vermeiden können. Vom Krankenhaus in Scheibbs, wo die Maschinenanlage ebenfalls in das Haus eingebaut wurde, hätte man schon die gemachten Erfahrungen verwerten können. Die Majorität des Gemeinderates hat sich aber ganz auf den Architekten Schimitzek und den Maschinenexperten verlassen und daher glaube ich, ist die Sache so weit gekommen."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich muß hier aufklärend folgendes sagen. Es kommt nach den Ausführungen der ganze Krankenhausbau in ein schiefes Licht. Es muß hier öffentlich erklärt werden, daß die Anordnungen der Räume im Krankenhause selbst, seien es Krankenzimmer, Operationssäle usw als mustergültig bezeichnet werden muß und ersuche daher, die Angelegenheit der Kesselgeschichte nicht mit den Einrichtungen des ganzen Krankenhauses zu verwechseln. Vor kurzem war der in Wien anerkannteste beste Chirurg, Dr. Eiselsberg, im Krankenhause, hat sich geradezu entzückt über das Krankenhaus geäußert und gesagt: „Wir wären froh, wenn wir ein solches Krankenhaus hätten." Was zu bedauern ist, ist der Umstand, daß es in der Durchführung von entsprechenden Wirtschaftsräumen fehlt. Was die vorhandenen Wirtschaftsräume betrifft, so sind solche zwar nicht vergessen worden, sondern sie sind nur viel zu klein

dimensioniert, so daß sie für den steigenden Bedarf und dem heutigen Krankenzuspruche in keiner Weise genügen. Wären meine Anregungen damals angenommen worden, wäre auch dieser Uebelstand heute nicht vorhanden, wie es auch nach meinem Antrage viel günstiger gewesen wäre, das jetzt bestehende Krankenhaus viel weiter rückwärts gegen die Leiten zu stellen. Aber wie gesagt, das ganze Krankenhaus darf nicht als verpfuscht angesehen werden. Die sonstigen Anlagen der Krankenräume usw. sind mustergültig zu bezeichnen."

Herr G.-R. Bachmayr: „Es ist vorhin sehr viel über die Schuldfrage an den heutigen Zuständen im Krankenhause gesprochen worden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß Steyr zur Zeit der Erbauung des Krankenhauses 16 000 bis 17.000 Einwohner hatte, während die Zahl der Einwohner beim Bezuge des Spitales auf 35.000 Personen gestiegen ist. Es ist daher klar, daß die Wirtschaftsräume für den so stark vermehrten Zuspruch viel zu klein geworden sind. So ist es auch mit den Maschinen; auch an diese werden die doppelten Anforderungen gestellt, so daß eine rasche Abnützung der Maschinen und Kessel selbstverständlich ist Bei der Beurteilung der ganzen Sachlage muß auch dies alles berücksichtigt werden."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Die Ausführungen des Herrn Prof. Brand und die Anfänge des Projektes für den Krankenhausbau greifen auf eine Zeit zurück, wo wir noch gar nicht maßgebend waren. Die allergrößte Schuld, warum Herr Schimitzek überhaupt den Bau bekam, war, daß Herr Waller erst nachträglich mit seinem Projekte vorsprach und ein anderer Architekt als Schimitzek nicht in Betracht kam, weil die Ausschreibung nicht nach den Vorschriften des Ingenieur- und Architektenvereines erfolgte, sodaß Bewerbungen von anderer Seite ausgeblieben sind. Eine weitere Ursache liegt darin, daß bisher die Bausektion zuviel selbständiges Verfügungsrecht hatte. In der Zukunft wird aber notwendig sein, daß die Vergebungen nur durch den Gemeinderat geschehen dürfen. So aber hat die Sektion über alles allein entschieden und der Gemeinderat hat sich nicht mehr darum gekümmert. Die seinerzeitige Spitalbaukommission hat selbständig die ganzen Arbeiten vergeben, ohne dem Gemeinderat auch nur ein Wort davon in öffentlicher Sitzung mitzuteilen; ja er hatte überhaupt auf die Vergebungen keinen Einfluß und war in der ganzen Sache ausgeschaltet. Wenn wir unsere neue Geschäftsordnung beschließen werden, muß auch an diese Sache gedacht werden, sonst können solche Dinge, wie die Verhältnisse heute zeigen, für den Gemeinderat sehr unangenehm werden. Für die Beratung der obschwebenden Fragen hat sich ein engeres Komitee zu bilden, das die ganzen Durchführungen überwacht. Was den Herrn Baurat Nejdl anbelangt, so muß ich schon sagen, daß er zu jenen Bürokraten gehört, die kaum praktisch gearbeitet haben, sich aber herausnehmen, in allen Dingen das große Wort zu führen. Er mag sonst ein ganz guter und fähiger Beamter sein, aber in der Kesselanlage hat er vollständig versagt. Vielleicht wären aber auch diese Erscheinungen nicht aufgetreten, wenn nicht der Krieg mit allen seinen Erschwernissen gekommen wäre. Wir hätten dann in der Stadt selbst schon verschiedene notwendige Einrichtungen, als ein Lagerhaus usw., sodaß eine so große Einlagerung von Vorräten im Krankenhause selbst nach dem erhöhten Bedarfe nicht notwendig und daher mit den vorhandenen Aufbewahrungsräumlichkeiten leichter ein Auskommen zu finden gewesen wäre. Daß sich Architekt Schimitzek nicht viel um das Krankenhaus gekümmert hat, ist richtig und ein großer Fehler desselben und wäre es daher wohl Sache des Bauamtes gewesen, gerade deshalb im eigenen Interesse der Gemeinde nachzuschauen und über die Wahrnehmungen zu berichten. Vom Bürgermeister kann man nicht verlangen, daß er fortgesetzt nachschauen geht, ob beim Baue richtig gearbeitet wird. Ich meine, es werden sich nun die Schäden ausgleichen lassen. Was das Präliminar anbelangt, so ist es stets üblich, die Erfordernisse über den hiefür notwendigen Betrag einzustellen, weil es besser ist, die Abschlußrechnung endet mit einem Ueberschuß als mit einem Abgang. Dies geschieht auch in der Erwägung, damit die Oberbehörde nicht zur Ansicht neigen kann, es könne der Stadtgemeinde aus ihren präliminarmäßigen Einnahmen z. B aus der Biersteuer, Verzehrungssteuer usw. etwas gestrichen werden, was gerade zur Zeit, wo an die Stadtgemeinde so ungeheure Anforderungen in Bezug von Bauausführungen — wie Wasserleitung, Kanalisierung, Schlachthausbau, Schulbauten und vieles andere, herantreten, ganz unmöglich wäre. Die Hauptsache bleibt für heute die Erbauung eines eigenen Maschinenhauses, eines Wirtschaftsgebäudes und verschiedene Verbesserungen, welchen Bauführungen sich dann erst die Bauführungen für die verschiedenen Abteilungen anzuschließen hätten. Es muß aber jetzt schon, wie ich schon ausführte, bei der Maschinen- und Kesselanlage darauf Rücksicht genommen werden, daß alle die künftigen Erweiterungsbauten damit befriedigt werden können."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Zwischen der Uebernahme der Gemeindeverwaltung durch die Majorität und der Spitalbauvergebung lagen zwei Jahre; es wäre also Gelegenheit genug gewesen, sich neue Pläne einzuholen."

Herr G.-R. Landa: „Es wäre gewiß richtig gewesen, wenn die Gemeinderäte vor der Beratung der Bedeckungen des Präliminares über den wirklichen Stand der Finanzen der Stadt aufgeklärt worden wären."

Herr G.-R. Zwicker: „Entgegen den Ausführungen der Herren G.-R. Kirchberger und Erb muß ich betonen, daß sich die damals amtierenden Gemeinderäte um die ganzen Bauführungen hätten mehr bekümmern sollen; es wären dann unmöglich diese Uebelstände aufgetreten. Ich habe auch schon eingangs meiner Ausführungen erwähnt, daß manche der von den einheimischen Geschäftsleuten durchgeführten Einrichtungen in keiner Weise entsprechen; gewiß soll man die heimische Industrie schützen, aber man soll von ihr auch das verlangen, was den heutigen Anforderungen entspricht."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte."

Herr Bürgermeister: „Ueber diesen Antrag ist sofort abzustimmen."

Der Antrag wird vom Gemeinderate mit Mehrheit angenommen."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Zur Richtigstellung muß ich betreffend die Versicherungen feststellen, daß nach den Bestimmungen der Polizze für Kessel, welche durch eine natürliche Abnützung zugrunde gegangen sind und wozu auch die natürliche Bildung des Kesselsteines gehört, eine Schadensvergütung nicht geleistet wird."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte die Anträge der Krankenhauskommission nochmals zur Verlesung bringen.

(Geschieht.)

Des weiteren hat die Krankenhauskommission auch einen Beschluß gefaßt, den Antrag zu stellen, Herrn Bauoberinspektor G.-R. Zwicker in die Krankenhauskommission zu wählen, weil durch den Abgang des Herrn G.-R. Karl nach Wels, ein Mandat in dieser Kommission freigeworden ist.

Weiters wurde der Beschluß gefaßt, zu beantragen, daß in dem neu zu wählenden Ausschuß für die Ausgestaltung des Krankenhauses keiner der seinerzeit für das Krankenhaus liefernden Herren Gemeinderäte genommen werden."

Herr Bürgermeister: „Es wäre nun noch ein Vorschlag für die Wahl des engeren Ausschusses zu machen und hätte ich es gerne gesehen, wenn Herr Vizebürgermeister Wokral mit in diesen Ausschuß, woselbst er auch den Vorsitz führen könnte, gewählt würde."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich stelle noch den weiteren Antrag, in den Ausschuß die Herren Gemeinderäte Prof. Brand, Chalupka, Kirchberger, Tribrunner und Bauoberinspektor Ing. Zwicker zu wählen."

Herr Bürgermeister: „Ich bringe somit die Anträge der Krankenhauskommission, sowie die Anträge des Herrn G.-R. Kirchberger zur Abstimmung."

Die Anträge werden vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

Herr Bürgermeister: „Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, erkläre ich die Sitzung hiemit für geschlossen."

Schluß der Sitzung 4 Uhr 8 Min.

Der Vorsitzende:

Eduard

Die Beglaubiger:

Fritz Kroßmann

Rudolf Landa

Der Schriftführer:

E. Pöll

Tagblatt-Druckerei, Steyr.